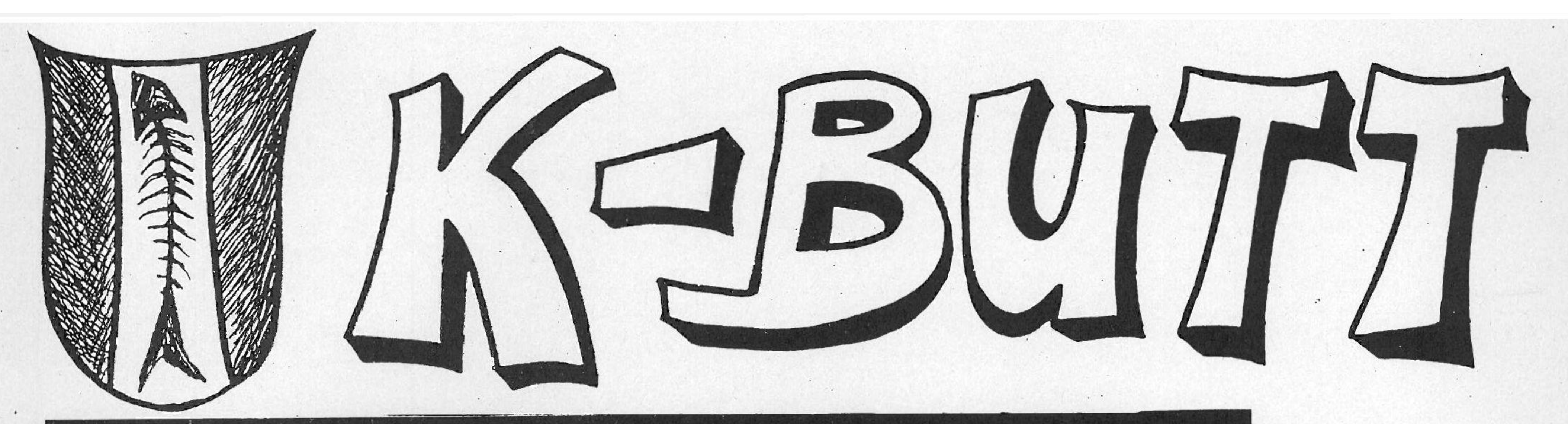


Välzische Pfolxzeitung Kaiserslautern

Nummer 16 Frühjahr/Sommer 97

Kost nix
Solibeitrag erwünscht

Gorleben ist überall

Tag X - wir stellen uns quer

"... und ihr seid euch wirklich sicher, daß wir hier beim 'Talk X' sind?"

Hallo auch. Die Tage werden länger und wärmer und wir konnten unser Versprechen aus der letzten K-BUTT (fast) einhalten. 4 Monate seit der letzten Ausgabe - und es wird noch besser werden. Unser Ziel sind nach wie vor 3 Monate zwischen den einzelnen K-BUTTs. In den ersten Monaten des Jahres hat sich etliches getan, wovon einiges Eingang in diese Zeitung gefunden hat - der Prozeß in Lübeck gegen Safwan Eid, der immer noch kein Ende genommen hat; der Transport der 6 Castoren nach Gorleben (dazu ein Erlebnisbericht eines Menschen aus KL); oder der Anquatschversuch des Verfassungsschutzes in Kaiserslautern. Dazu findet ihr einen Text zur Gefahr der esoterischen Bewegung, die auch in Kaiserslautern immer stärker wird und einiges mehr.

Die K-BUTT hat sich auf Initiative des VEB laut und lästig (Manheim) mit den Zeitungen "Geist der Freiheit" (Bergstraße) und "Sabotage" (Heidelberg) zusammengetan, um einen Reader zu linksradikaler Medienarbeit zu machen und die einzelnen Projekte vorzustellen. Die notwendige Vernetzung der Linken soll auch damit vorangetrieben werden. Der Reader erscheint im Mai zu den "Schwarz-Roten-Wochen" in Manheim, die von einem linken Bündnis getragen werden (Programm siehe Seite 10). Die letzte Veranstaltung ist dabei das Soli-Konzert für autonome Medien, das am 24.5. in Manheim stattfindet - kommt alle hin.

Die verschiedenen Aufrufe zum 1.Mai (Manheim, Berlin, Leipzig) findet ihr nicht in der K-BUTT, da wir erst direkt vorher erscheinen können. Aber wir hoffen, wir haben uns auf einer dieser Demos gesehen bzw. den geplanten Nazi-Aufmarsch in Leipzig oder anderswo verhindern können.

In Kaiserslautern haben sich die Faschisten nicht mehr so offen gezeigt, seit ihr Treffpunkt "Kroko" geschlossen ist - der Vermieter hatte der Pächterin nach Beschwerden der AnwohnerInnen gekündigt. Das ist sicherlich auch ein Verdienst der antifaschistischen Demo letzten Jahres (siehe K-BUTT 15). An weiteren Infos, wo sich die Faschos jetzt treffen, wären wir sehr interessiert.

International passiert auch einiges - die IRA stört mit Anschlägen den Alltag in England, der Antrag von Mumia Abu-Jamal auf mündliche Berufungsverhandlung wurde abgelehnt und nun entscheiden die Richter "nach Aktenlage", d.h. ein neuer Hinrichtungsbefehl könnte danach sofort unterschrieben werden und die MRTA in Peru hält die japanische Botschaft in Lima nun seit über 4 Monaten besetzt und die Medien verbreiten dazu jeden Tag neue Meldungen, eine Verhandlungslösung stehe unmittelbar bevor - nur Fujimori setzt weiterhin auf Verzögerung und Gewalt als Lösung. Wir schließen uns allen Forderungen der MRTA nach Freilassung der politischen Gefangenen in Peru an und wünschen dem Kommando vollen Erfolg.

Das war's für heute
und tschüß, die K-BUTT Redaktion

Inhalt





Anschrift, Redaktion und Vertrieb:

K-Butt
c/o
Kantstraße 71-807
67663 Kaiserslautern

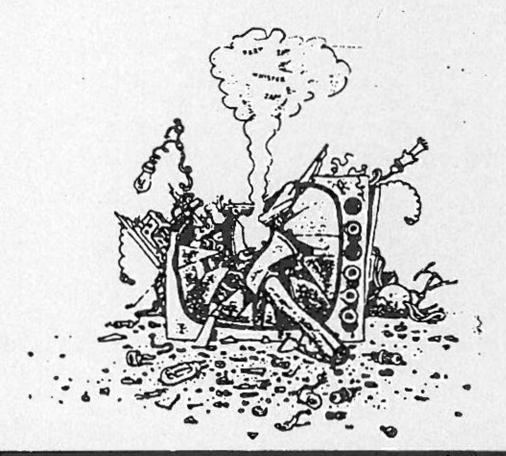
K-Butt-Abo: für zehn DM (in Briefmarken oder bar, nur im Voraus) bekommt ihr vier Ausgaben zugeschickt. Mit diesem Betrag finanzieren wir auch die kostenlosen Knast-Abos. Wir halten natürlich keine/n davon ab, auch mehr zu geben. Schreibt bitte dazu, ab welcher Nummer das Abo laufen soll.
Restexemplare von älteren Ausgaben haben wir noch zuhauf. Für vier DM in Briefmarken (Porto) schicken wir sie euch gerne zu.

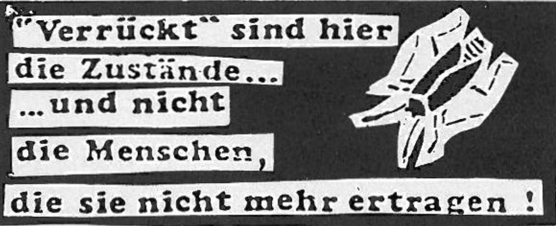
Bankverbindung: Konto-Nummer 117 018 010
Stadtsparkasse Kaiserslautern
BLZ 540 501 10

V.i.S.d.P.: Franz Etscheid, Eisenbahnstraße 33, Kaiserslautern.

Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag.







Vorsicht Verfassungsschutz! Anwerbeversuch in Kaiserslautern

Es ist seit langem bekannt, daß der Verfassungsschutz (VS) immer wieder, auf verschiedene Art und Weise, InformantInnen (Spitzel) oft aus der linken Szene und deren Umfeld anzuwerben, um Injformationen über politische Gruppen und Zusammenhänge herauszukriegen. Die letzten uns bekannten und öffentlich gemachten Anquatschversuche liefen in Heidelberg und Magdeburg. Nun ist auch hier in Kaiserslautern ein Fall bekannt geworden, wo ein VS-Mann einen Menschen aus der linken Szene aushorchen und zur Mitarbeit animieren wollte. Die Masche, die dabei benutzt wurde, ist schon öfter aufgeflogen doch leider nicht so direkt zu durchschauen wie das Wedeln mit dem Dienstausweis.

Wir gehen davon aus, daß der aktuelle Anquatschversuch nicht der erste in Kaiserslautern war und leider auch nicht der letzte bleiben wird.
Um negative Folgen zu vermeiden, veröffentlivhen wir nun unsere Infos über die Vorkommnisse. Denn das offensive Vorgehen gegen solche Anquatschversuche ist das Öffentlichmachen. Wenn der VS merkt, daß der Versuch gescheitert und in die Öffentlichkeit gelangt ist, muß er neu überlegen, wie er an Informationen rankommt. Uns ist natürlich bewußt, daß durch das Öffentlichmachen staatlicher Schnüffelaktionen nicht ausgeschlossen wird, daß weitere Menschen zur Denunziation ihrer FreundInnen, Bekannten und politischen Gruppen animiert werden sollen, doch erschwert es den „Staatsschützern" die Arbeit.

Mitte Februar klingelte es bei der angesprochenen Person (im Folgenden X) an der Tür. Der vor der Tür stehende Mann stellte sich als Mitarbeiter des „Politischen Meinungsforschungsamts" vor, der eine Umfrage zur Situation der Jugend mache. Auf die Frage von X, wie er denn gerade auf ihn komme sagte der VS'ler, daß der Besuch keinen persönlichen Grund habe, X sei nach dem Tombola-Prinzip zur Befragung ausgelost worden. X wurde gefragt, ob er mit ihm einen Kaffee trinken und einige Fragen beantworten möchte. Leider hat X nicht sofort geschaltet und das Gespräch abgebrochen, sondern ist aus Neugier mit in ein nahegelegenes Café gegangen und hat sich auf ein Gespräch eingelassen. Daß der Mann vom Verfassungsschutz ist, ist X erst beim Gespräch klargeworden, als nach Fragen nach Ausbildung usw. schnell Fragen nach der politischen Szene und nach persönlichen Kontakten folgten, an denen deutlich wurde, daß der Mann sehr genau über ihn Bescheid wußte. An diesem Punkt hat X das Gespräch abgebrochen und das Café verlassen. Der Mann kündigte noch an, zwei Tage später anrufen zu wollen, was aber nicht passiert ist.

X hat auf diesen Versuch leider falsch reagiert. Die ganze Geschichte des Mannes deutete direkt darauf hin, daß er vom Verfassungsschutz war. X hat das nicht sofort gemerkt und sich auf ein Gespräch eingelassen, dieses aber (wenn auch unserer Meinung nach zu spät) abgebrochen.

Für uns ist dieser Anquatschversuchals deutlicher Angriff auf die linke/antifaschistische Szene zu werten, die in letzter Zeit in Kaiserslautern wieder an Boden gewonnen hat. Mit der antifaschistischen Demo vom 30.11.96, an der etwa 250 Menaschen teilgenommen haben und der vorangegangenen Auseinandersetzungen mit Faschisten um die Fascho-Kneipe „Kroko" (die nach Protesten der AnwohnerInnen und nicht zuletzt dem offensiven Handeln von AntifaschistInnen,wieder dicht ist) ist wieder mehr Leuten klar geworden,daß entschlossener Widerstand auch in dieser Stadt nötig ist und erfolgreich sein kann .
In eben diese neuentstehende Szene will der VS eindringen und Informationen gegen aktive Linke sammeln. (Auch die Tatsache, daß die vom VS angesprochene Person nicht in einer festen Gruppe organisiert ist, sich aber in der Szene bewegt, zeigt, an welchen Menschen der VS Interesse hat.)

- Wir wollen hier noch mal deutlich machen, daß jedes Gespräch mit dem Verfassungsschutz falsch und gefährlich ist und sogar tödliche Folgen haben kann, wie das Beispiel von der Ermordung Wolfgang Grams' in Bad Kleinen gezeigt hat. Wolfgang Grams wurde von dem Spitzel Steinmetz direkt an die Bullen verraten. Steinmetz lebte längere Zeit in Kaiserslautern und war Anfang/Mitte der 80er Jahre in die politische Szene (Ökologie, Häuserkampf, AStA...) eingebunden. Hier in Kaiserslautern hatte er die ersten Kontakte zum Staats- und Verfassungsschutz. Aus anfänglich unverbindlichen Gesprächen wurde mörderische Zusammenarbeit. Klaus Steinmetz trägt die Verantwortung für den Tod von Wolfgang Grams und die Verhaftung von Birgit Hogefeld.
- Auch ein Einlassen auf ein Gespräch „nur um mal zu sehen, was die alles wissen und wissen wollen" bzw. was über die rauskriegen zu wollen, kann gefährliche Folgen haben. VS-Leute sind geschulte SpezialistInnen, denen auch für dich völlig nebensächliche Gespräche und Hinweise helfen. Der Versuch, im Gegenzug Infos aus dem VS herauszuholen, ist also von vornherein falsch, zum Scheitern verurteilt und kann böse Folgen haben.
- Außer der beschriebenen Masche gibt es noch andere Vorgehensweisen des Verfassungsschutzes, um InformantInnen zu gewinnen. Eine ist die direkte Vorstellung als VS-MitarbeiterInnen, die „auf der gleichen Seite stehen" und nur Infos über FaschistInnen haben wollen oder das Versprechen geben, daß keiner/m etwas passiert und sie nur Gewalt verhindern wollen. All diese Versuche sind Lügen! Der VS will immer Informationen über die linke Szene haben und dabei Namen , Fakten , Zusammenhänge usw. wissen .Infos über Faschos holen sie sich direkt bei denen...
- Ziele für den VS sind meistens Menschen, bei denen sie sich direkten Erfolg versprechen. Also junge und unerfahrene Leute, oder Menschen , die sie unter Druck setzen können (indem sie Probleme mit Verfahren, Job, Ausbildung, Eltern androhen), Leute die sich aus der Szene zurückgezogen haben oder gerade erst reingekommen sind.
- Wenn du in Situationen kommst, daß der VS dich anspricht oder du schon angesprochen wurdest, solltest du das Gespräch oder den Kontakt zum VS sofort abbrechen. Jedes weitere Wort zum VS gefährdet dich und deine FreundInnen oder GenossInnen. Für uns ist es wichtig mitzubekommen, in welcher Häufigkeit Leute angequatscht werden und mit welchen unterschiedlichen Methoden versucht wird an Informationen ranzukommen, daher wäre es gut, wenn ihr euch, falls ihr angequatscht werden solltet, bei uns meldet (über die Redaktionsadresse). Auf jeden Fall solltet ihr mit FreundInnen / Personen eures Vertrauens darüber reden, mit denen ihr gemeinsam überlegen könnt, wie ihr Schnüffelversuche unterbinden und öffentlich machen könnt

Auch wenn wir das Verhalten von X als vermeidbaren Fehler bewerten, ist er kein Arschloch, das sich auf Bullen eingelassen hat. Mit seinem Entschluß, diesen Vorfall öffentlich zu machen, macht er vielleicht auch anderen Leuten Mut, Anquatschversuche zu outen, sich aus Gespräche mit Bullen und VS gar nicht erst einzulassen und bringt damit vielleicht auch Leute dazu, darüber nachzudenken, was es für ein Staat ist, der in ungebrochener Tradition Menschen zu DenunziantInnen macht/machen will.

Es kann nicht darum gehen, jetzt die Spekulationstrommel zu rühren, Wer denn jetzt angequatscht worden ist. Das tut nicht zur Sache, jede und jeder könnte in eine Situation wie X kommen. Dagegen finden wir es wichtig, eine Beschreibung des VS'lers hier zu veröffentlichen, denn morgen könnte es ja auch an Deiner Tür klingeln:
etwa 45 Jahe alt, 1,85 groß, kräftig, kurzes dunkelblondes Haar, Oberlippenbart, kleine modische Brille. Bekleidet war er mit einer braunen Lederjacke und schwarzen Jeans. Er stellte sich mit dem Vornamen Björn vor, der Nachname blieb unverständlich.

Keine Zusammenarbeit mit einem Staat, der Faschisten schützt, AusländerInnen in Folter und Mord abschiebt und Linke/AntifaschistInnen verfolgt.

Antifaschistisches Bündnis Kaiserslautern

Die einen verkaufen ihre Arbeitskraft. Die andern erzielen Mehrwert



Die große Serie demnächst vielleicht in K-BUTT



Macht k-butt was Euch k-butt macht!

Entspannt in die Barbarei

Esoterik, (Öko-) Faschismus und Biozentrismus

...so der Titel des neuen Buches von Jutta Ditfurth, das sie am 29. Januar auf einer Veranstaltung des AStA Referates Kritische Uni vorstellte. Vor dem vollbesetzten Hörsaal berichtete Jutta Ditfurth über die Gefahren der esoterischen „Bewegung", die auch in der BRD immer mehr AnhängerInnen findet, über Verbindungen zu faschistischen Organisationen und die ideologischen Grundlagen der InitiatorInnen.

„In der Bundesrepublik wächst eine einflußreiche esoterische Bewegung mit einer modernen biologistisch orientierten Massenbasis zusammen. Jutta Ditfurth beschreibt, wie ein Bild des Menschen propagiert wird, in dem er „kosmischer" Untertan oder „Schädling" der Erde ist. Die Lage ist bedrohlich: Die Emanzipation und die soziale Gleichheit des Menschen sollen verhindert werden" (aus dem Klappentext des Buches)

Jutta Ditfurth, Mitbegründerin der Grünen, die sie 1991 verläßt, um die „Ökologische Linke" zu gründen und Herausgeberin der Zeitschrift ÖkoLinX, versteht dieses Buch als zweiten Band von „Feuer in die Herzen. Plädoyer für eine ökologische linke Opposition", überarbeitet erschienen 1994.

„Die Esoterik wird in Deutschland wieder einmal gebraucht, um die Köpfe von Millionen Menschen für eine autoritäre Gesellschaft zuzurichten. Faschismus kommt theoretische ohne Esoterik aus, aber esoterische Ideologie enthält eine Vielzahl von Elementen, die mit faschistischer Ideologie kompatibel sind. Esoterik hilft dabei, den Menschen jeden emanzipatorischen Gedanken auszutreiben. Das hat in Deutschland Tradition. Wer sich entpolitisiert und nur noch mit sich selbst beschäftigt, Ausbeutung und Elend mit „Karma" rechtfertigt, Eliten anbetet, Sozialdarwinismus, höhere Wesen, naturgesetzliche Ordnungen und den Kosmos vergöttert, bekämpft alles, was den Menschen von Ausbeutung und Fremdbestimmung befreien könnte.

Niemand weiß, wie ein möglicher [!, die Redaktion] künftiger Faschismus aussehen könnte. Aber so, wie sich die Bundesrepublik heute darstellt, ist es schwer vorstellbar, daß eine faschistische Herrschaft auf die esoterische Vorarbeit in Gestalt von einigen Dutzend Millionen antiaufklärerisch zugerichteter Menschen verzichtet. Sie würden vermutlich ein Teil ihrer Massenbasis werden." (Entspannt in die Barbarei, Seite 7).

Diese Thesen stützt Jutta Ditfurth in ihrem Buch, indem sie sich näher mit einzelnen Personen und Strömungen innerhalb der esoterischen, (öko-) faschistischen und biozentristischen Szene auseinandersetzt. Sie beschreibt die Zusammenhänge in der Naturkostbewegung (Max Otto Bruker, siehe K-BUTT Nummer 14), „Neuer" Rechten (Jürgen Rieger), Teilen der anarchistischen Bewegung (Bezug auf den völkischen Freiwirtschaftler Silvio Gesell), rechter Ökobewegung (von den ErdbefreierInnen von „Earth First" bis zur ÖDP), bis hin zum „Dalai Lama" als Teilaspekte einer Bewegung, deren Ziel , wenn auch oft versteckt und nicht sofort ersichtlich, es ist, die Idee von der sozialen Gleichheit aller Menschen zu bekämpfen.

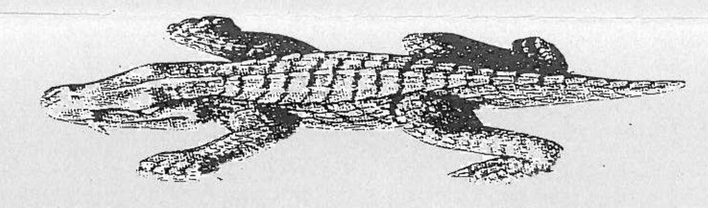
Oft steht hinter vorgeschobenen Zielen wie „Erleuchtung", „Rettung der Erde/der Menschen" oder „Seelenheil" nur der Drang zur Macht über andere, mit dem angenehmen Nebeneffekt, auch noch reichlich Geld aus den Menschen auf der Suche nach einem Lebensinhalt herauszuholen. Nichthinterfragte esoterische Beschäftigungstherapien wie „wir singen unsere Chakren frei", die auch nicht erklärbar sondern nur „erfahrbar" sind, geben den Anlaß, sich ausschließlich mit dem eigenen Ego zu beschäftigen und verhindern jede Auseinandersetzung mit realen gesellschaftlichen Problemen. Die autoritären Strukturen werden kritiklos mit der „höheren Bewußtseinsebene" begründet, die die Gurus schon erreicht und auch die AnhängerInnen als Ziel haben, solange das nötige Kleingeld reicht. So wird eine Elite herangezogen, die wieder neue „Heilsuchende" aufnimmt und die esoterische Bewegung weiter stärkt.

Viele esoterische Strömungen propagieren einen vorbestimmten Platz („Karma" o.ä.) für alle Menschen. Not, Armut oder Hunger sind vorherbestimmt oder in einem „früheren Leben" selbst verschuldet. So wird dann folgerichtig jeder Kampf für eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse von vielen Esoterik-Gläubigen als unmöglich oder überflüssig bezeichnet. Esoterik sorgt dafür, daß immer weniger Menschen rebellieren und ist somit ein Teil der herrschenden Zustände und systemtragend.

Da an der Eso-Welle so gut wie keine grundlegende,linke Kritik geübt wird und fast alle Medien positiv über sie berichten, werden ihre Gefahren leicht übersehen oder geleugnet.

Für uns ist bei der Veranstaltung mit Jutta Ditfurth (wieder) klargeworden, daß auch hier in Kaiserslautern eine esoterische Bewegung besteht, der unser Widerstand entgegengesetzt werden muß. So meldeten sich in der anschließenden Diskussion verschiedene Menschen zu Wort, die der von Jutta Ditfurth (und auch uns) kritisierten Organisationen und Gruppen angehören. Eine Anhängerin der esoterischen Findhorn Sekte, welche auf der Suche nach der „sechsten arischen Wurzelrasse" ist und Menschen zu „disziplinierten, sauberen, ordentlichen, nicht mehr rebellischen" New Agern erziehen will, beschimpfte die Autorin des Buches, konnte aber außer „persönlichen Empfindungen" keine Gegenargumente finden, kündigte aber für den Mai in der „Neuen Eintracht" eine Werbeveranstaltung für Findhorn an. Auch die ÖDS, die Studi-Organisation der rechten Ökopartei ÖDP, die auch im StuPa der Uni vertreten ist, wollte die Kritik an ihrem Guru Herbert Gruhl nicht hinnehmen, der die Reduzierung der Trikont-Bevölkerung mit Hilfe der Atombombe vorgeschlagen hatte. Aber auch hier kamen keine Argumente außer den hilflosen und unbeweisbaren Vorwürfen der Verfälschung an Jutta Ditfurth. Es ist wohl gemeinsames Problem aller in dem Buch kritisierten Gruppen, daß es für sie unmöglich ist, Argumente für ihren Standpunkt zu finden. Aber die Inhalte sind eben nur „erfahrbar"...

Durch dieses Verhalten haben es die Esoterik-AnhängerInnen geschafft, eine konstruktive Diskussion, bei der es um eine Strategie gegen die Esoterik hätte gehen können, zu verhindern.



Eine weitere Erfahrung der esoterischen Bewegung bot die Messe „Bioterra Naturheil- und Esoteriktage" in der städtischen Fruchthalle am 19. und 20. April 97, bei der über 20 Stände ihren esoterischen Müll unter die Leute bringen wollten. Die Stadtverwaltung hielt es nicht für nötig, vor der Messe über die teilnehmenden Gruppen informiert zu werden - ihr ist die Gefährlichkeit einer Bewegung, die die Ungleichhheit von Menschen propagiert wohl nicht bewußt, wie leider auch vielen anderen Leuten auch in der linken Szene. Der esoterischen Ideologie sollte in dieser Stadt - und auch anderswo - kein Platz geboten werden.

Zur weiteren Beschäftigung mit der Kritik an Esoterik seien hier noch folgende Bücher empfohlen:

Jutta Ditfurth „Entspannt in die Barbarei" (ISBN 3-89458-148-4, Konkret Literatur Verlag, 28,-)

Jutta Ditfurth „Feuer in die Herzen" (Düsseldorf 1994)

Peter Kratz „Die Götter des New Age - Im Schnittpunkt von „Neuem Denken", Faschismus und Romantik" (ISBN 3-88520-511-4, Elefanten Press)

★ 2 Jahre mißglückter Anschlag auf den geplanten Abschiebeknast in Berlin-Grünau ★

Am 11.04.95 mißglückte ein Bombenanschlag der militanten Gruppe K.O.M.I.T.E.E. auf den Abschiebeknast in Berlin-Grünau.

Seit diesem Tag werden Thomas, Bernhard und Peter als Mitglieder des K.O.M.I.T.E.E.'s gesucht. Sie haben sich dem System entzogen und sind seit nunmehr 2 Jahren untergetaucht.

Abschiebeknäste stehen für die menschenverachtende Festung Europa: Nach innen werden die Grenzen geöffnet, nach außen wird die Mauer um Europa immer weiter perfektioniert. Frauen und Männer, die hier Zuflucht suchen, egal ob aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen, werden nach ihrer Verwertbarkeit selektiert. Die unerwünschten Flüchtlinge werden abgeschoben. Bei Verweigerung ihrer »freiwilligen Rückkehr« in Hunger, Folter und Tod werden sie bis zu ihrer menschenverachtenden Abschiebung in Knäste gesperrt.

Thomas, Bernhard und Peter sind Teil des autonomen Widerstandes. Ihr Kampf gegen die rassistische Abschiebepraxis in der BRD ist auch unser Kampf.

Thomas, Bernhard und Peter, wir grüßen euch gaaanz doll. Viel Kraft und Liebe in Eurem jetzigen Leben. Laßt euch nicht erwischen und kämpft weiter für eine befreite und gleichberechtigte Gesellschaft!

Die Täter sind nicht die, die Abschiebeknäste sprengen, sondern die, die sie bauen!

Offene Grenzen für alle! - Bleiberecht für alle!

Einstellung aller Verfahren vom 13.6.1995!

Lebt und lest radikal!

Soligruppen zu den Verfahren vom 13.6.95, Hamburg und Schleswig-Holstein
FrauenLesben Plenum gegen Repression, Hamburg

Lübeck und kein Ende

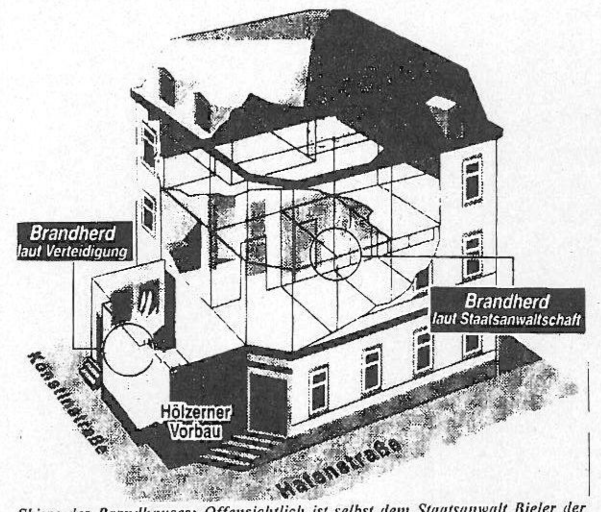
über den Prozeß gegen Safwan Eid

Am 18.01.1996 wurde der Brandanschlag mit den bisher meisten Opfern (10 Tote) in der Geschichte der BRD verübt. Das Makabere daran ist, daß Safwan Eid, der bei dem Brandanschlag Angehörige verloren hat, auch noch als Täter hingestellt wird. Das ist nicht das erste Mal, daß Opfer zu Tätern gemacht werden. Seit dem 16.09.1996 zieht sich der Prozeß gegen Safwan Eid als vermeintlichem Täter des Brandanschlages schon hin, wobei die Art und Weise des Vorgehens der Staatsanwaltschaft und Polizei um und während des Prozesses eher an einen Schauprozeß, als an ehrlicher Wahrheitsfindung erinnert. So wird Safwan Eid durch die Verhaftung bereits wenige Tage nach dem Brandanschlag als Täter abgestempelt. Bemerkenswert ist auch, daß die Staatsanwaltschaft Safwan Eid einen angeblichen Streit mit MitbewohnerInnen als Tatmotiv unterschiebt, um ihn überhaupt anklagen zu können. Beweise werden verloren oder konstruiert. ZeugInnen der Verteidigung unglaubwürdig gemacht, oder abgeschoben. ZeugInnen, die sich in Widersprüche verstricken, werden als glaubwürdig betitelt. Und die einzige Spur nach den wirklichen Tätern, nämlich der vier Grevesmühlener Nazis, nicht weiter verfolgt. Staatsanwaltschaft und Verteidigung gehen von zwei grundsätzlich verschiedenen Tathergängen aus:

So geht die Verteidigung davon aus, daß der Brand nur durch Außeneinwirkung zustande gekommen sein kann, und zwar soll das Feuer in einem Vorbau des Hauses gelegt worden sein. In diesen sind wahrscheinlich "Brandbeschleuniger" (Molotow-Cocktails) geworfen worden, wodurch sich der Brand schnell durch das ganze Haus ausbreiten konnte. Hierfür spricht ein Fehlen der Türverriegelung des Vorbaus, sowie innenliegende Glasscherben. Auch zeigte der Eingangsbereich des Hauses die stärksten Brandzerstörungen. Würde mensch den Ausführungen der Staatsanwaltschaft glauben, so müßte davon ausgegangen werden, daß Benzin von unten nach oben fließen kann, oder das Feuer von oben nach unten gebrannt hat.

Die Staatsanwaltschaft hingegen behauptet, Safwan Eid habe das Feuer im ersten Obergeschoß des Hauses gelegt, und zwar vor der Tür einer Familie, mit der Safwan Eid vorher angeblich in Streit geraten sei. Interessant ist hierbei, daß keineR der BewohnerInnen des Hauses diesen Streit bestätigen kann, als auch die Tatsache, daß der von der Staatsanwaltschaft angegebene Brandherd nur geringe Brandzerstörungen aufweist. So wurden später bei der Begehung noch unversehrte Klopapierrollen an diesem Ort gefunden. Auch verwendete die Staatsanwaltschaft falsche Grundrißpläne des Hauses und ging z.B. von Zimmern und Türen aus, die so in Wirklichkeit nicht existiert haben. Daß es sich bei der Tat um politisch motivierte, rassistische Morde handeln könnte, wird vehement abgestritten.

Der ganze Prozeßablauf macht eher deutlich, worum es der Staatsanwaltschaft wirklich geht. Obwohl bei diesem Prozeß alles klar sein sollte, betreibt die Staatsanwaltschaft eine Verschleppungstaktik, sowie auch eine pauschale Lossprechung Deutschlands von rassistischen Motiven der Täter. Es geht noch nicht einmal so sehr um die Verurteilung des Täters (oder der Täter), sondern um die Schaffung eines gewissen Meinungsbildes in Deutschland und auch im Ausland. Die Strategie der Staatsanwaltschaft zielt darauf ab, das Bild des ausländerfreundlichen Deutschlands im Ausland aufrecht zu



Skizze des Brandhauses: Offensichtlich ist selbst dem Staatsanwalt Bieler der tatsächliche Ausbruchsort des Feuers nicht mehr so wichtig. Denn auch wenn die Brandstiftung im Vorbau erfolgte, will er dafür Flüchtlinge verantwortlichen machen. Deutsche Nazis dürfen nicht die Täter sein. Wer ist hier wessen Komplize?

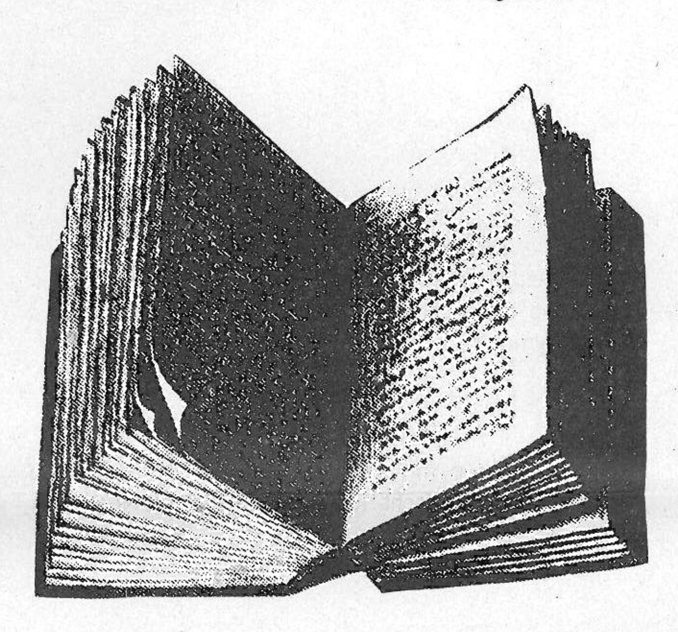
erhalten. Für die Imagepflege Deutschlands nach innen und nach außen werden juristische Gewaltakte verübt, die bei faschistischen, rassistischen Delikten entweder von alkoholisierten oder psychopathischen Einzeltätern ausgehen oder, wie im Falle Safwan Eids, Opfer zu Tätern gemacht werden. Bei objektiver Sichtweise und auf Grund der vorliegenden Fakten, war eigentlich zu Prozeßbeginn mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit mit einem Freispruch für Safwan Eid zu rechnen. Es zeigten sich massive Widersprüche in den Ermittlungen der Lübecker Staatsanwaltschaft, die aus politischem Kalkül mit falschen Beschuldigungen Safwan Eid erst verdächtigt, dann viele Monate lang inhaftiert, um ihn später vielleicht sogar verurteilen zu können. (Safwan Eid mußte übrigens nach fünfeinhalb Monaten aus der Haft entlassen werden. Außerdem wurde die Anklage von zehnfachem Mord auf Brandstiftung mit Todesfolge herabgesetzt).

Der Ausgang des Prozesses spielt sowieso nur eine untergeordnete Rolle, da durch permanente Falschinformation der bürgerlichen Medien während des gesamten Prozeßverlaufs eine Vorverurteilung schon längst stattgefunden hat. Entgegen den falschen Versprechungen, den überlebenden BewohnerInnen Aufenthaltsrecht zu gewähren, sind die meisten betroffenen BewohnerInnen des Flüchtlingsheimes schon abgeschoben worden, oder stehen kurz davor. Ein Aufenthaltsrecht haben bis jetzt nur vier der BewohnerInnen. Die wirklichen Täter aber laufen noch frei herum. Es wird immer ein Makel an Safwan Eid hängen bleiben. Der Lübecker Brand wird mit dem Namen Safwan Eid verbunden bleiben. Er saß fast ein halbes Jahr in U-Haft und ebensolange zieht sich der Prozeß schon hin. Vielleicht aus diesem Grund meinte die Staatsanwaltschaft zu Prozeßbeginn: "Auch ein Freispruch wäre für sie keine Niederlage."

Die kalkulierte Vorgehensweise von Staatsanwaltschaft und Polizei läßt sich gut an folgenden Beispielen erkennen: Die "Beweise" werden ohne Rücksicht auf Widersprüche von der Staatsanwaltschaft so zurechtgebogen, wie es denen ins Konzept paßt. So beruht die gesamte Anklage nur auf der Zeugenaussage des Sanitäters Jens Leonhardt. Und zwar stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar: Wenige Tage später, nachdem eine Belohnung für Hinweise auf die Ergreifung der TäterInnen ausgesetzt wurde, meldete sich der Sanitäter Matthias Hamann bei der Polizei mit der Behauptung, einer der Flüchtlinge habe ein Geständnis abgelegt. Es stellte sich aber dann heraus, daß das Geständnis gegenüber seinem Freund Jens Leonhardt abgelegt worden sein soll. Jens Leonhardt berichtete, Safwan Eid hätte ihm gegenüber vor Ort (nach Widersprüchlichkeiten behauptete Jens Leonhardt nachher, Safwan Eid hätte die Aussage später im Krankenwagen gemacht) gesagt: "Wir waren's", bzw. "Ich war's". Zu bemerken sei hierbei, daß Safwan Eid zu diesem Zeitpunkt nur sehr schlecht deutsch gesprochen hat. Weitere Geständnisse oder Aussagen liegen der Staatsanwaltschaft nicht vor. Wie schon gesagt widerspricht Jens Leonhardt sich öfters über den Zeitpunkt und den Ort der Aussage. Auch sieht er sich später außerstande, sich an den genauen Wortlaut der Aussage von Safwan Eid zu erinnern, obwohl er anfangs sehr detaillierte Schilderungen zu Protokoll gab. Jens Leonhardt flüchtet sich in angebliche Erinnerungslücken, um nicht zunehmends in Widersprüche verwickelt zu werden. Für die Staatsanwaltschaft besteht aber hierin kein Grund, Aussagen anzuzweifeln. Im Gegenteil unterstellen sie ZeugInnen und Safwan Eid aus Selbstschutz zu lügen.

Auch gehen Beweise „verloren" oder werden erst gar nicht beachtet. So ging die Sperrholzplatte, die Safwan Eid angeblich mit Benzin übergossen haben und angezündet haben soll, verloren. Auch widerspricht die Version an einigen Punkten den Ergebnissen des Brandsachverständigen, wonach der polizeiliche Brandherd im 1.Stock nicht mehr in Frage kommen kann. Wichtige Indizien, wie die innen liegenden Scherben, oder das Fehlen von Teilen der Türverriegelung, werden einfach übergangen. Außeneinwirkung wird grundsätzlich ausgeschlossen!

Auch die mittlerweile bewiesene Tatsache, daß Sylvio Amoussou, dessen Leiche mit einem um den Körper gewickelten Draht gefunden wurde und nach medizinischem Gutachten schon vor dem Brand durch eine Explosion getötet wurde, ist den Ermittlungsbehörden keine weitere Untersuchung wert. Die Voreingenommenheit der Staatsanwaltschaft zeigt sich auch noch anders: So werden z.B. Gespräche mit Safwan Eid abgehört. Auch werden die ZeugInnen der Verteidigung mit Abschiebung bedroht. Ein wichtiger Entlastungszeuge ist bereits im Mai 96 nach Nigeria abgeschoben worden und steht nicht mehr zur Verfügung. Durch die Abschiebung wichtiger ZeugInnen wird auch eine eventuelle Wiederaufnahme des Verfahrens wirkungsvoll verhindert. Ständig wird versucht, ZeugInnen als unglaubwürdig hinzustellen. Teilweise werden Aussagen nur ungenau vom Dolmetscher übersetzt und Gutachten nicht zugelassen.



Die weitaus wichtigste Spur nach den Tätern wird direkt fallengelassen, und es wird nicht weiter ermittelt. So wurden nämlich in Tatortnähe vier Grevesmühlener Nazis an einer Tankstelle beobachtet und wenig später in Nähe des Brandortes festgenommen. Die Brandspuren in ihren Gesichtern versuchten sie mit den wirren Aussagen "...versucht einen Hund mit Haarspray anzuzünden" und "...mit einem Feuerzeug nachgeschaut, ob noch Benzin im Tank war" zu erklären, wobei sich hier einzelne Aussagen widersprechen. Für die Staatsanwaltschaft sind solcherlei Aussagen natürlich glaubwürdig. Auch als bekannt wird, daß einer von ihnen schon wegen faschistisch rassistischen Attentaten vorbestraft ist, sieht die Staatsanwaltschaft keinen Handlungsbedarf. Als sich sogar einer der Täter in der Öffentlichkeit mit der Beteiligung an dem Brandanschlag brüstet, passiert überhaupt nichts. Auch kommt der Zeuge Jens Leonhardt aus einem faschistisch rassistischem Umfeld. So ist sein Freund Matthias Hamann offenkundig faschistisch. Ende 96 wurden z.B. detaillierte faschistische Protokolle zum Aufbau einer Wehrsportgruppe in Lübeck gefunden.



Diese völlige Ignoranz der Staatsanwaltschaft gegenüber eines politisch motivierten, faschistisch rassistischen Anschlags auf ein Flüchtlingswohnheim und das Aufbauen eines Konstruktes, dem es ermöglicht, einen der betroffenen Flüchtlinge für die Tat verantwortlich zu machen, hat System. So gibt es seit mehr als fünfzehn Jahren eine kontinuierliche Verschärfung des AusländerInnen- und Asylrechts. Das Menschenbild, das von AusländerInnen in diesem Land gezeichnet wird, ist unerträglich. Es ist davon geprägt, daß sie heute nicht mehr als vollwertige Menschen akzeptiert werden. Durch ihre Unterbringung, ihre dramatische Unterversorgung in allen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen, bis hin zu unwürdigsten Haftbedingungen in Abschiebeknästen, wo Flüchtlinge wie Schwerverbrecher behandelt werden, hat man sie zu Parias gemacht. Dies hat über die Jahre hinweg zu einer verhängnisvollen Bewußtseinsänderung in der deutschen Gesellschaft geführt. Durch diese Schaffung einer verstärkten Akzeptanz des gesellschaftlichen Rassismus wird es dem System immer leichter gemacht, offen auf faschistoide, rein kapitalistische Formen hinzuarbeiten.
Was bleibt, ist die Tatsache, daß dem gesellschaftlichen Rassismus wieder einmal Vorschub geleistet worden ist. Dann wird weiterhin gemordet, geprügelt, gestochen oder angezündet. Die TäterInnen bleiben ja meistens auf freiem Fuß, unterstützt durch Medien, Justiz und "guten deutschen" Bürgern; ja der fürsorgliche Umgang mit denen und die Art und Weise, wie bei faschistischen Verbrechen "ermittelt" wird, ermutigt die Rechten ja gerade zu weiteren Taten. Dagegen muß unbedingt etwas unternommen werden, denn der deutsche Bilderbuch-Rechtsstaat, der immer unparteiisch nach Recht und Gesetz vorgeht, ist nur eine Fiktion aus der Staatsbürgerkunde. Im Gegenzug wird dieses System dazu benutzt, Meinungen und Vorurteile zu schaffen und zu verbreiten. Der "gute Deutsche" übt nicht selbst Gewalt aus, sondern bekommt diese von den Flüchtlingen ins Land getragen. Sei es, daß sie sie durch ihre bloße Anwesenheit provozieren oder sich gegenseitig abfackeln. In Wahrheit haben rassistische Attentate nicht wie offiziell gemeldet abgenommen, sondern werden nicht mehr als solche definiert. Der Prozeß gegen Safwan Eid hat hierbei Symbolcharakter.

Wer detailliertere Informationen über den Prozeß und dessen Verlauf wünscht, kann das PROZESSINFO, welches sehr wahrscheinlich bis zum Prozeßende erscheint, beziehen bei:

Lübecker Bündnis gegen Rassismus
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck
Tel.: 0451-7020748

oder im Internet: http://www .nadir.org

Ich hab Euch leider nichts zum Austoben bieten können

"Ich hab euch leider nichts zum Austoben bieten können."

Diesen Satz hat ein Pastor, der als Demobeobachter agierte, aufgefangen, nachdem die Castorenkarawane die Kreuzung in Langendorf passiert hatte. Damit wollte ein Polizei-Gruppenführer seine Schergen trösten, da sie keine Möglichkeit zum Draufknüppeln hatten.

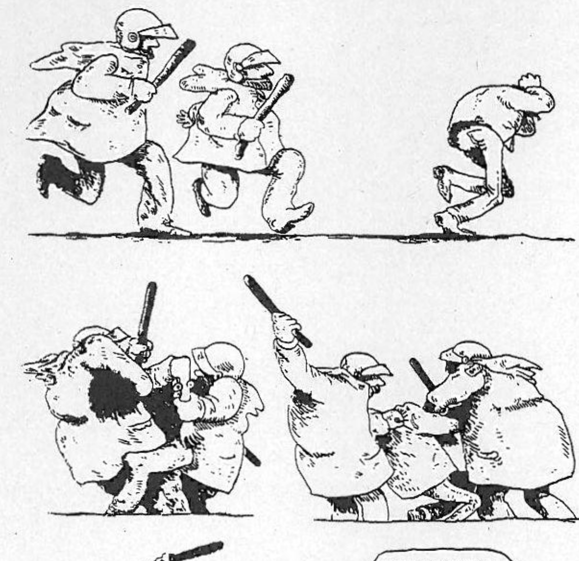
Leider waren diese "armen" Bullen allein mit Ihrem Kummer. Andere konnten mal wieder richtig zulangen, in den 4 längsten und teuersten Tagen des Jahres.

Ja, richtig vermutet, es geht um NiX³ - die "Schlacht im Wendland". Es ist ziemlich viel Mist geschrieben worden, vor allem viel widersprüchliches, daher versuche ich meine eigenen Eindrücke wiederzugeben. Zum Einen, damit ich selbst alles verarbeite was geschehen ist, zum Anderen, damit auch eine andere Sicht auf die Ereignisse existiert.

Das Streckenkonzept und das Camp X-tausendmal-quer waren im Vorfeld schon heftiger Kritik ausgesetzt und wie sich zeigte mit Recht. Mittlerweile auch von Leuten aus den BIs. Eine strikte Trennung von friedlichen und militanten Widerstand ist eben problematisch. Zumal X-tausendmal-quer und der „Erfolg" der Gewaltfreien im Vorfeld sowie in den Demonachbereitungen das Bild in den Medien beherrschte. Die facettenreichen Widerstandsformen der anderen Camps wurden schlichtweg ignoriert. Vielleicht kam die Widerstandsform von X-tausendmal-quer einfach besser an, weil in Deutschland einheitliche und stereotype Verhaltensmuster schon immer beliebt waren. In den Medien gab es grundsätzlich immer die strikte Trennung zwischen den guten friedlichen Leuten und den bösen vermummten Autonomen. Doch dieses Bild gibt nicht den wahren Widerstand wieder. Im Wendland wird jeder Widerstand geduldet: "Ob friedlich oder militant, wichtig ist der Widerstand". Einige Aktionen von Autonomen wären so nicht abgelaufen, wenn es kein Verständnis bzw. Billigung durch Gruppen vor Ort gegeben hätte.

Trotz der Aktionen, die Castoren sind drin, und nun ist es Zeit zu fragen, ob es ein Erfolg war, oder eine bittere Niederlage. Der Transport ist auf jeden Fall dem Atomstaat teuer zu stehen gekommen, aber verhindern konnten wir ihn nicht, jedenfalls nicht mit dem Verhältnis 20.000 DemonstrantInnen zu 30.000 Bullen. Er hätte allerdings länger aufgehalten werden können, wenn das Konzept "Wir sind vorher auf der Straße" aufgegangen wäre.

Die Blockade begann sonntags gegen Abend in Splietau im Anschluß an die Stunk-Parade. Schnell standen gut 30 Traktoren quer und blockierten damit die Südstrecke. Eigentlich war geplant, eine ähnliche Aktion auf der Nordstrecke zu machen, aber daraus ist nichts geworden. Am Nachmittag gab es schon die erste Festnahme, wobei die entsprechende Person mit Plastikfesseln gefesselt auf dem Boden liegend mit Stockschlägen und Fußtritten schwer mißhandelt wurde. Herbei gerufene Sanitäter wurden nicht durchgelassen. Leute, die diese Szene beobachten, wurden eingeschüchtert und einem wurde sein Fotoapparat aus der Hand gerissen. Es zeigte sich wie schon so oft, daß die Magdeburger Einheiten nicht viel von Grundrechten halten.







In der Nacht war dann nicht mehr der Potsdamer Platz in Berlin, sondern das Wendland die größte Baustelle der Republik. Am Anfang wurde im Schutze der Traktoren und in deren Scheinwerferlicht, später dann auf der gesamten Strecke, gegraben und Barrikaden errichtet. Es waren nicht nur Autonome, die dort bauten, wie es die Medien uns suggerieren wollen. Auf einem morgendlichen Spaziergang von Splietau zum Gußborner Camp zeigte sich dann die ganze Pracht. Die Südstrecke war dicht! Die BarrikadenbauerInnen sprühten nur so vor Ideen, um es den Bullen ja nicht zu leicht zu machen. Das Straßenbauamt brauchte übrigens eine Woche, um die Strecke zwischen Splietau und Gußborn wieder befahrbar zu machen.
Es wurde von Seiten der Bullen nichts unternommen, diesem lustigen Treiben ein Ende zu setzen. Spätestens jetzt war es klar, daß die Südstrecke als Transportstrecke aufgegeben wurde und die Nordstrecke gewählt worden war. Dies bekam besonders Camp Quickborn zu spüren. Alle Versuche , auf die Nordstrecke zu gelangen, wurden durch massiven Bulleneinsatz unterbunden.
Damit lag die Devise für die nächsten Tage fest. Die Castoren rollen über die Nordstrecke. Also machen wir sie platt! Diesem Aufruf folgten am Montag ca. 800 Leute und machten sich mit Schaufeln und Pickeln bewaffnet und mit wehenden Fahnen auf den Weg zur B191. Zu diesem Zeitpunkt war auf der Nordstrecke noch keine ständige Bullenpräsenz vorhanden, somit also eine Chance, sich an der Strecke zuschaffen zu machen. Doch dieser Versuch schlug fehl, da es an Absprachen der einzelnen Gruppen fehlte. Manche hatten wohl die Sache mit einem Sonntagsspaziergang verwechselt. Mittlerweile hatten die Hubschrauber, die uns im Tiefflug einschüchtern wollten, die Situation weitergeleitet, und es rollte jede Menge Verstärkung an.

Von da ab war die Nordstrecke von den Bullen komplett gesichert. Bis zum Transport war kein Durchkommen mehr. Zum einen waren es einfach zu viele Bullen und zum anderen zu viele Hubschrauber, die Tag und Nacht flogen, und jede Bewegung Richtung Straße frühzeitig bemerkten. Einige Gruppen versuchten, durch die Wälder in "Guerilla-Taktik" zur Straße zu gelangen, was auch vereinzelt gelang.
Am Tag X ab 1 Uhr begann die Polizei am Verladekran die Sitzblockade von X-tausendmal-quer zu räumen. 5000 Leute blockierten gewaltfrei die Transportstrecke. Am Anfang wurden die Leute noch weggetragen, später wurden sie unter Wasserwerfereinsatz von der Straße geprügelt. Dabei gab es über hundert Verletzte. Die Verantwortlichen von X-tausendmal-quer behaupten, daß die Castoren durch diese Aktion über 9 Stunden aufgehalten wurden. Tatsache ist, daß der Transport erst nach der Räumung losfuhr, wenn es von der Polizeiführung gewollt gewesen wäre, hätten sie von Anfang an mit Wasserwerfern die Straße frei gefegt. Der Ablauf war eher eine Inszenierung von den Verantwortlichen von X-tausendmal-quer in Absprache mit der Polizei, als effektiver Widerstand. Die Leute auf der Straße wurden instrumentalisiert für den Mythos des einzig wahren gewaltfreien Widerstandes.

An der B191 fanden sich mittlerweile ca. 3000 Menschen ein, um noch einen letzten Versuch zu starten, auf die Nordstrecke zu gelangen. Aber auch dieser Versuch scheiterte trotz Massenmilitanz und großer Entschlossenheit am massiven Polizeiaufgebot.

Der Six-Pack ist ins Zwischenlager gerollt, trotzdem war unser Widerstand ein Erfolg. Der Transport konnte nur um den politischen Preis der Militarisierung des Wendlandes durchgeboxt werden. Die Kosten betrugen weit über 160 Millionen Mark. Jetzt gilt es, sich nicht von den Diskussionen der PolitikerInnen um eine gerechtere Verteilung des Atommülls blenden zulassen. Vielmehr müssen wir an den Forderungen für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomtechnologie festhalten.

Am Ende gilt es vor allem der BI für die gute Logistik ein großes Lob auszusprechen.

Aber es ist noch nicht aller Tage abend, wir kommen wieder - TAUSENDFACH - keine Frage!

Veranstaltungen der Kritischen UNI

und des AStA der Uni im Sommersemester 1997

Do., 24.4. 20 Uhr	Geschichte und Idee der „Kritischen UNI“ Von der Entstehung Ende der 60er bis zur Aktualität „kritischer Wissenschaft“; Referenten: Hanns von Bosse. Achim Müller
Die. 29.4. 20 Uhr	Vortrag und Seminar: „Kritik der politischen Ökonomie - Jenseits der Arbeitsgesellschaft II“ Gesellschaftliche Reproduktion jenseits von Markt und Staat; Hanns von Bosse **Weitere Termine: 15.5; 5.6.; 12.6.; 26.6., jeweils 20 Uhr**
So., 4.5. 11.34 Uhr	Fahrt zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ Frankfurt, Paulskirche; Infos und Anmeldung im AStA der UNI
Mo., 26.5. 19 Uhr	Die Studentische Protestbewegung von den Anfängen bis zum Vietnamkongreß 1968; Ingo Juchler, Marburg
Mo., 2.6. 20 Uhr, FH, Kammgarn	Film: “Der Polizeistaatsbesuch“ über den Schahbesuch in Berlin und die Ermordung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967; mit KOK-Roaches und AStA FH
Die., 3.6. 20 Uhr, 1/006	Film „Landfriedensbruch“ und weitere Kurzfilme der 68er mit dem AStA-Film der Universität
Mi., 4.6. 20 Uhr 46/260	La lucha de los estudiantes en España Studierende aus Spanien über die dortige Studierendenbewegung. Veranstaltung des AStA
Mo., 9.6. 14 Uhr	Die Studierendenbewegung und die studentische Linke vom Zerfall des SDS bis heute; Pascal Beucker, UNI-Konkret
Die., 10.6. 20 Uhr	„Wissenschaftsfreiheit“ oder „Die Zurichtung von Wissenschaft auf Standortforschung“; Peter Dippoldsmann
Mo., 16.6. 20 Uhr, FH, Kammgarn	Film: „Rot ist die blaue Luft“ Dokumentation über den Pariser Mai und die Hoffnungen (und Enttäuschungen) der 68er; mit KOK-Roaches und AStA FH
Mi., 18.6. 20 Uhr	„Die Ökofalle“ Eine kritische Studie über die Nachhaltigkeits-Diskussion; Christoph Spehr
Mo., 23. 6. 20 Uhr	„Die Europäische Währungsunion EWU -Experiment mit tödlichem Ausgang“; Ernst Lohoff
Mi., 2.7. 13.45, Bau 1	„Stuttgart 21 - Kritische Analyse eines Großprojektes der Bahn AG“; mit der Fachschaft ARUBI der UNI KL; Winfried Wolf. MdB

Immer am 2. Mittwoch des Monats, 22 Uhr: DubHouse-Disco.

Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Kramladen der UNI statt.

Neues aus dem radikal-Verfahren

Das Oberlandesgericht Koblenz hat die Eröffnung des Verfahrens gegen die ersten vier Angeklagten (Werner, Rainer, Ente und Crackler) abgelehnt. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft seien z.T. verjährt (Veröffentlichungen von BekennerInnenschreiben in der "radikal") , andere seien wenig stichhaltig, so die Konstruktion einer Zeitung als "kriminelle Vereinigung".
Vielleicht verstand die Staatsanwaltschaft das als Aufforderung, weitere vermeintliche "Beweise" zu sammeln, jedenfalls wurden am 22.3.97 Werner und eine weitere Person festgenommen und ihre Berliner Wohnungen durchsucht, Computer und Disketten wurden beschlagnahmt. Vielleicht saßen die "Fahnder" aber auch lediglich einem Irrtum auf. Die Bundesanwaltschaft verkündete nämlich zunächst, im Auto von Werner seien 680 Exemplare der Frühjahrs-radikal gefunden worden. Tatsächlich handelte es sich bei den gefundenen Zeitschriften aber um ein Solidaritätsprojekt, bei dem eine Reihe von Promis von Politprofessor Elmar Altvater über PDS-Vize Angela Marquardt bis zum taz-Redakteur Gerd Nowakowski und andere (z.B. die K-BUTT) als Redaktionsgruppe kriminalisierte Texte der radikal herausgeben.
Die Dokumentation kann für 6 DM plus Porto bestellt werden beim:
Anti-Repressionsbüro
Dieffenbachstraße 33
10996 Berlin

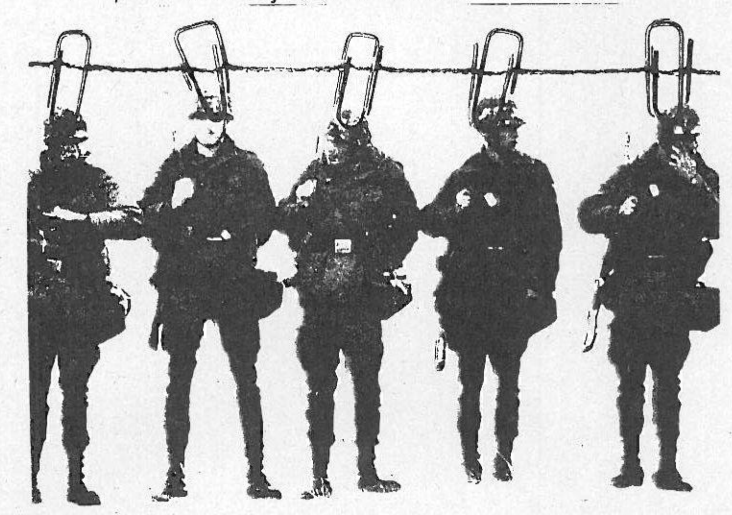


Allein unter Männern

In dieser K-Butt wird es keinen frauenspezifischen Artikel geben.
Die zuständige Quoten- Frau war mit anderen Themen beschäftigt.
Ich war versucht, meinen Feminismus zu hinterfragen, wie weit her es mit meiner Einstellung eigentlich ist, wenn ich es nicht fertigbringe, wenigstens einen Text zum Thema Frauen in unsere Zeitung zu bringen. Zumal das ja auch in unserer Inhaltsangabe angekündigt wird.
Ich warf noch einen Blick auf vorige K-Butts, um den Anteil von feministischen Artikeln zu checken. In Nr.14 fand unter anderem auch ein Text über unsere patriarchale Sprache Platz, verfaßt von einem männlichen Redaktionsmitglied, das mittlerweile nicht mehr in unserer Runde weilt. Dieser Mann hat sich tatsächlich mit einem „Frauenproblem“ beschäftigt, statt es mit dem Satz „das könnt ihr besser“ uns zu überlassen. (Wir waren zwei Frauen zu dieser Zeit.)
Was soll ich davon halten? Ist das jetzt typisch männliche Anmaßung, sich selbst auf diesem Gebiet noch besser auskennen zu wollen und es an sich zu reißen? Ja, womit soll ich denn meine Kolumne füllen, wenn das feministische Ressort jetzt auch noch mit von Männern verfaßten Artikeln unterwandert wird? Dann ist es wohl doch besser, wenn der Platz eine Glosse über den Abstieg des 1.FCKs gefüllt wird, weil ich meine Pflicht nicht erfüllen konnte.
Oder?
Ein Blick auf unsere Redaktion und den männlichen Anteil der linken Szene zeigt mir aber nun, daß der Verfasser des oben genannten Artikels eine Ausnahme war - eine bewundernswerte Ausnahme. Anstatt nach meinen feministischen Ansprüchen zu fragen wende ich mich nun an die Männer: Wie weit ist es denn nun mit EURER political correctness? Hört die beim großen i schon auf? Die Männerwelt sollte sich von semantischen Spitzfindigkeiten mal auf Selbstkritik verlagern.
Sexismus ist nicht nur Frauensache.
Wenn mann gewisse Ansprüche hat, sollte er nicht bei Unterlassungspolitik verweilen, sondern sich ein Beispiel an obigen Ex-Mitarbeiter nehmen. Viel wichtiger als „-Innen“s, „derdie“s und empörte Blicke bei Freudschen Fehlern und patriarchalen Ausrutschern wären mir und sicher auch vielen anderen Frauen ehrliche Bemühungen eines jeden, mal die eigenen Verhaltensweisen zu hinterfragen, vielleicht auch mal im Gespräch mit anderen „Betroffenen“, ohne Supervisionärin, die ihr „p.c.“ zu gefallenen Äußerungen gibt.
Und das meine ich ganz im Ernst: Auf das eigene Verhalten und das anderer zu achten ist wichtig, aber diese Notwendigkeit auch durch aktives Auseinandersetzen mit den Themen Patriarchat, Geschlechterrollen und Sexismus zu erkennen ist besser und bringt uns alle weiter.

Den Letzten holt die Bundeswehr

Nach Ende des „Kalten Krieges" sucht die Bundeswehr verzweifelt nach neuen Legitimationen. Grenzsicherung, Flüchtlingsabwehr und Polizeiunterstützung gehören zu den aufgabenfremden Themen, mit denen sich das Militär in der Öffentlichkeit zu profilieren versucht. Out-Of-Area-Einsätze, wie zuletzt in Albanien, bei denen erst Fakten geschaffen werden und dann über die Rechtsgrundlage diskutiert wird, sollen die Bundeswehr als eine „fähige Allroundtruppe" darstellen, die stets auf einen weltweiten Einsatz vorbereitet ist. Mit allen Mitteln wird also versucht, der Gesellschaft einen Nutzen der Armee einzutrichtern.
Den imageverändernden Bemühungen des Militärs steht eine wachsende Zahl von Menschen gegenüber, die einer weiteren Militarisierung der Gesellschaft entgegentreten. Welche Form des Widerstandes letztendlich gewählt wird, darüber muß jedeR sich selbst klarwerden.



Wehrpflicht verfassungswidrig!
Im Artikel 12 des Grundgesetzes ist ein Verbot von Zwangsdiensten festgelegt, welches aber durch Artikel 12a eingeschränkt wird, in dem die Wehrpflicht als eine „Kann-Bestimmung" ermöglicht ist. Wenn die Normalität ein Zwangsdienstverbot ist, und als Ausnahme ist geregelt, es kann eine Wehrpflicht eingeführt werden, dann braucht diese eine besondere politische Begründung. Als 1956 die Wehrpflicht eingeführt wurde, lieferte die „Bedrohung aus dem Osten" die Rechtfertigungsgrundlage. So müßten sich heute, nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme und der Auflösung des „Warschauer Paktes", selbst all die gesetzestreuen BürgerInnen fragen, ob der Wehrpflicht nicht inzwischen jede verfassungsrechtliche Grundlage fehlt, die deren weiteres Bestehen rechtfertigt. Die Argumentation, die Wehrpflicht sei notwendig zur Verteidigung Europas ist ebenso gänzlich abwegig, denn die Mehrheit der Nato-Mitgliedsstaaten (Großbritannien, Frankreich, Spanien Benelux) besitzt keine Wehrpflicht mehr oder schafft sie gerade ab.

Zivildienst = Friedensdienst ?
Die oftmals vorherrschende Meinung ist ja, daß der Zivildienst (Ersatzdienst) losgelöst vom Wehrdienst ist. Mann wählt bewußt, nach schriftlicher Darlegung des Gewissens, einen Dienst, der die Ausbildung an der Waffe nicht beinhaltet und bei dem Mann ja auch etwas nützliches tut. Den Zivildienst so zu sehen ist mehr als blauäugig, denn Mann leistet keinen sozialen und unmilitärischen Friedensdienst, sondern erfüllt schlichtweg die Wehrpflicht. Der Zivi untersteht genauso der Militärgerichtsbarkeit wie ein Wehrpflichtiger und ist gesetzlich bis ins kleinste Detail in die „Verteidigung" der BRD eingeplant. „Die Zivile Verteidigung umfaßt Planung, Vorbereitung und Durchführung aller zivilen Maßnahmen, die zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit einschließlich der Versorgung und des Schutzes der Zivilbevölkerung erforderlich sind." (Auszug aus den „Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung") Das heißt im Klartext, die Zivis sind Helfer des Militärs. Sie füllen die Arbeitslücken auf, die durch die Einberufung der Soldaten entstehen (vor allem in der Rüstungsindustrie wird im Kriegsfall ein steigender Arbeitskräftebedarf vorhanden sein). Mensch sollte also nicht auf die Vortäuschung eines liberalen Rechtsstaates hereinfallen, der eine fadenscheinige Auswahl zwischen Militär und Friedensdienst offeriert. Dieser Trugschluß kanalisiert den Widerstand in staatlich gelenkte Bahnen. Sozial- oder Friedensdienst sollte stets aus eigenem Interesse und vor allem freiwillig erfolgen.

Nicht zu vergessen sind auch die Schäden, die der Zivildienst im sozialen Bereich verursacht. Notwendige Modernisierung, organisatorische Umstellung und vor allem nötige fachliche Qualifikation sind oft zurückgestellt worden, weil ja staatlich bezahlte Hilfskräfte (jeder Zivi wird pro Jahr mit ca. 20.000 DM subventioniert) zur Verfügung stehen. Die zwei Milliarden DM, die im Haushalt des Jugendministeriums für den Zivildienst enthalten sind, könnten sehr viel sinnvoller genutzt werden, indem Menschen in sozialen Berufen endlich besser bezahlt würden, womit diese Berufe auch attraktiver wären.

Totale Kriegsdienstverweigerung:
Totalverweigerer sehen auch im Zivildienst eine Erfüllung der Wehrpflicht und lehnen es prinzipiell ab, sich in Militärstrukturen einbinden zu lassen. TKDV stellen sich gegen die Vereinnahmung der Existenz und gegen die Abverlangung, das eigene Leben im Kriegsfall zur Verfügung zu stellen, da für sie jede Beteiligung am Krieg aus Gewissensgründen undenkbar ist.
Die Frage der Gewissensentscheidung spielt in vielen Prozessen gegen TKDV eine zentrale Rolle, da bis heute weitgehend ungeklärt ist, wie strafrechtlich mit Menschen verfahren werden soll, die sich auf ihr Gewissen berufen. Das hat zur Folge, daß Urteilssprechungen gegen TKDV sehr unterschiedlich ausfallen und oft sogar gegensätzlich sind in der Art und Weise der richterlichen „Argumentationen". Ausschlaggebend ist meist das Weltbild des Richters und nicht die Rechtsfrage. Immer wieder werden TKDV von Gericht und Staatsanwalt moralisch abqualifiziert, den geäußerten Überzeugungen wird häufig ein gewisssensbedingter Charakter schlicht abgesprochen. Besonders die Rechtsprechung gegen TKDV bei der Bundeswehr ist nach wie vor unverständlich hart. Wer einem Einberufungsbescheid zum Grundwehrdienst nicht folgt, kann durch Feldjäger und Polizei in die Kaserne gebracht werden. Wer den Gehorsam verweigert, kann nicht nur strafrechtlich verfolgt werden, sondern wird zunächst disziplinarischen Maßnahmen unterworfen, d.h. Dienstverweigerung bei der Bundeswehr kann zunächst für mindestens zwei Monate mit Disziplinararrest belegt werden. In jüngster Zeit sind sogar mehrere Fälle bekanntgeworden, in denen die zuständigen Truppengerichte auch vier 21tägige Disziplinararreste, insgesamt also 84 Tage für zulässig erklärt haben. Bis Mensch also vor einem Strafgericht angeklagt ist, hat er in der Regel bereits eine nicht unerhebliche Freiheitsentziehung bei der Bundeswehr selbst hinter sich.
Um mich in dem juristischen Wirrwar (Grundsatzurteile etc.) zurechtzufinden fehlt mir selbst der nötige Überblick, daher fällt einiges aus der „Rechtsprechung" gegen TKDV leider weg. Wer sich für den praktischen Ablauf eines Verfahrens interessiert, kann sich durch einem Prozeßbericht aus Berlin ein Bild machen.

Fazit
Es bleibt zu hoffen, daß die Diskussion über die Wehrpflicht - die zuletzt sogar in der Öffentlichkeit geführt wird - irgendwann einmal Früchte trägt. Da die Wehrpflicht in ihrem ursprünglichen Sinne, heute sowieso nur noch von rund einem Drittel jedes Geburtenjahrgangs „wahrgenommen" wird, muß ein weiteres Bestehen selbst dem Normalbürger absurd erscheinen.
Fakt ist, daß der Zivildienst keinesfalls losgelöst vom Wehrdienst ist. Wer das erkennt ,wird sich vielleicht noch mal überlegen, ob er die Wehrpflicht erfüllen will. Je mehr TKDV es gibt, desto größer wird der Druck auf die Regierenden, endlich in Puncto Wehrpflicht zu handeln.



Urteil bestätigt
Totalverweigerer soll für sechs Monate in den Knast

Am Mitwoch, den 5. März 1997, fand die Berufungsverhandlung von Hans-Caspar Graf von Bothmer statt. Dieser war am 17. Mai 1996 wegen Zivildienstverweigerung zu einer Haftstrafe von **6 Monaten ohne Bewährung** verurteilt worden und hatte dagegen Einspruch erhoben.

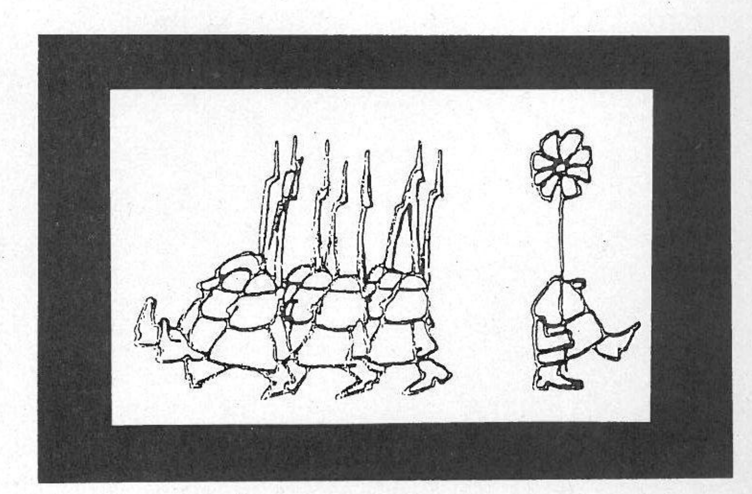
Ergebnis der vierstündigen Verhandlung ist die vollständige Bestätigung des Amtsgerichtsurteils mitsamt der Beurteilung. **Dies ist das mit Abstand härteste Urteil in Berlin gegen einen Totalverweigerer überhaupt!** Hans Caspar und sein Anwalt Wolfgang Kaleck sind in Revision gegangen. Wie schon im Vorprozeß war Staatsanwalt Wuttke zugegen, Richter Groß war diesen Tag aushilfsweise von einer anderen Kammer herübergekommen.

Der Prozeß begann mit einer Befragung durch den Richter. Die Fragen waren teilweise nicht nachvollziehbar und sehr oberflächlich. Dabei ging es nicht um Inhalte, sondern einzig um die Form, so zum Beispiel, ob Hans-Caspars Eltern ein Gut besäßen und wie groß dieses sei. Im Nachhinein liegt die Vermutung nahe, daß der Richter den priviligierten, adligen Gesetzesbrecher in die demokratischen Schranken weisen wollte.

Danach fragte der Richter nach den Gründen für die Verweigerung, blockte aber so früh ab und fragte nicht weiter nach, so daß es Hans-Caspar nicht gelang, in dieser Befragung seine Gründe ausreichend darzulegen. Hans-Caspar versuchte zu zeigen, daß er extreme Überlastungen von befreundeten Zivildienstleistenden erlebt habe, die einzig aus der Form des Dienstes herrührten. Der Richter legte aber größeren Wert darauf, daß Hans-Caspar Medizin studiert. Er sah offensichtlich einen großen Wiederspruch darin und fragte ob, ob Hans-Caspar, der den Zivildienst als Überforderung der Zivildienstleistenden UND der Gepflegten ansieht, sich dann nicht auch überfordert fühle für den Beruf des Arztes. Dabei übersah der Richter geflissentlich, daß die Anforderungen erstens inhaltlich völlig andere sind und auch formal der Zwang des Zivildienstes nicht so einfach übertragen werden kann auf die psychischen Anforderungen des Arztberufes. So fragte der Richter, ob Hans-Caspar, der gerade ein Ausmusterungsverfahren wegen körperlicher Untauglichkeit durchläuft, dann als Arzt arbeiten könne. Daß die Tauglichkeit des Zivildienstes allerdings eine militärische Tauglichkeit darstellt und durchaus militärisch Untaugliche Mediziner werden können, übersah er genauso, wie den Umstand, daß die Belastungen des Zivildienstes weniger aus der Arbeit als mehr aus dem allgegenwärtigen Zwang und der fehlenden Ausbildung entstehen. Eine Klarstellung blockte der Richter allerdings sofort ab.

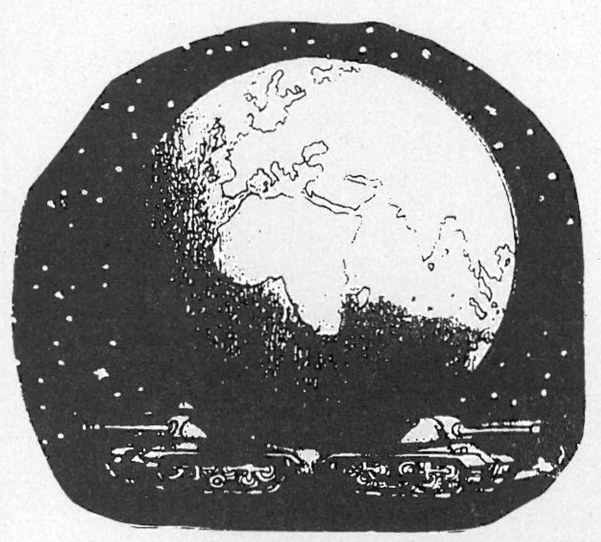
Nach dieser oberflächlichen Befragung "erlaubte" der Richter ("wenn Sie jetzt noch etwas dazu sagen wollen"), daß Hans-Caspar seine vorbereitete Erklärung vorlas. Durch die Befragung war allerdings die Erklärung zerstückelt und Hans-Caspar, dem man ansah, daß er mitgenommen war, konnte dies nicht mehr ausgleichen. Hans-Caspar führte aus, daß der Zivildienst nicht nur eine massive Einschränkung seiner Grundrechte darstelle und er dieses nicht nachvollziehen könne. Vielmehr bedeutet für ihn der Einsatz von Zivildienstleistenden in der Pflege eine Mißachtung der Gepflegten selbst, da ihnen unausgebildete, oftmals unmotivierte Zwangskräfte zugemutet werden, die nur deshalb eingesetzt werden, weil die Wehrpflicht nur mittels des Ersatzdienstes aufrechterhalten werden kann.

Nach der Erklärung erbat sich Wolfgang Kaleck eine dreiviertel Stunde Zeit, um einen Hilfsbeweisantrag vorzubereiten, da er schon vermutete, daß der Richter eine Haftstrafe verhängen würde. Mit dem letztendlich dreigeteilten Antrag beantragte Wolfgang Kaleck die Ladung mehrerer Zeugen. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben und die aufgestellten Aussagen, zu deren Bestätigung die Zeugen geladen werden sollten, wurden durch das Gericht als wahr angenommen. Es ging darum, inwieweit sich Hans-Caspar in den Jahren 1988 bis 1992 in einem friedenspolitischen Projekt beteiligt hatte und, ob eine weitere Einberufung geplant sei.



Nach diesem Zwischenspiel plädierte Wolfgang Kaleck für Freispruch oder zumindest eine mildere Strafe für seinen Mandanten. Er legte dabei großen Wert darauf, daß Hans-Caspars Verweigerung, die mittlerweile seit Ende 1990 dauert, durchaus innerhalb des Rahmens der Gewissensfreiheit zu sehen sei, zumal er sich aufgrund seines studiums darauf vorbereitete, qualifiziert Menschen helfen zu können. Er führte dabei namhafte Rechtswissentschaftler an, die den Widerspruch zwischen der Einschränkung der Grundrechte thematisierte.

Der Staatsanwalt erklärte in seinem Plädoyer, daß sechs Monate Haft durchaus "milde" seien und Hans-Caspar dieses aufgrund seiner unveränderten Haltung gegen den Zivildienst durchaus zuzumuten sei.



Der Richter zog sich daraufhin mit seinen Schöffen, die reglos dem Prozeß gefolgt waren, zurück, um das Urteil zu fällen.

In seiner Urteilsbegründung ignorierte Richter Groß jegliche Einsprüche Grundrechte betreffend: Hans-Caspar habe sich nach Paragraph 53 des Zivildienstgesetzes schuldig gemacht und müsse dafür verurteilt werden. Eine Geldstrafe lehnte er ab, da der ehrliche Bürger es nicht verstehe, wenn er zum Dienst berufen werde und andere sich einfach freikaufen würden. Damit meinte er offentsichtlich die vermeintliche Haltung Hans-Caspars, die positiv zu bewerten sei, daß Hans-Caspar bisher nicht weiter vorbestraft und voll geständig sei, außerdem, daß er sich schon im sozialen Bereich engagiert habe.

Negativ sei allerdings die Hartnäckigkeit Hans-Caspars zu bewerten. Außerdem lehne Hans-Caspar den Staat als solchen ab und er versuche nur, sich dem Dienst zu entziehen. Daß Hans-Caspar aber vielmehr rechtsstaatliche Normen anerkennt, indem er seine Verweigerung in einem Gericht erklärt, ist ihm offentsichtlich entgangen. Und ein einfacher Weg, dem Wehrdienst und seinen Substituten zu entgehen, wird mittels Atteste vieltausendfach praktiziert, die Verweigerung und Strafverfolgung ist eines sicher nicht: Ein einfacher Weg!

Als ein Zuhörer empört dazwischenrief, daß es eine Unverschämtheit sei, politisch Andersdenkende mit Haft zu belegen und die Grundrechte in Deutschland das Papier nicht wert seien, auf dem sie geschrieben seien, antwortete der Richter: "Dann verschwinden sie doch aus Deutschland! Sie werden aber kein anderes Land finden, das Sie so gut behandelt!" Damit hat der Richter offenbart, daß es ihm nicht um Rechtsprechung ging sondern vielmehr um die Bestrafung im mißliebiger Meinungen.

Hans-Caspar hat die Kosten zu tragen und bittet daher um Spenden auf das Konto der ProTotal n.e.V.:

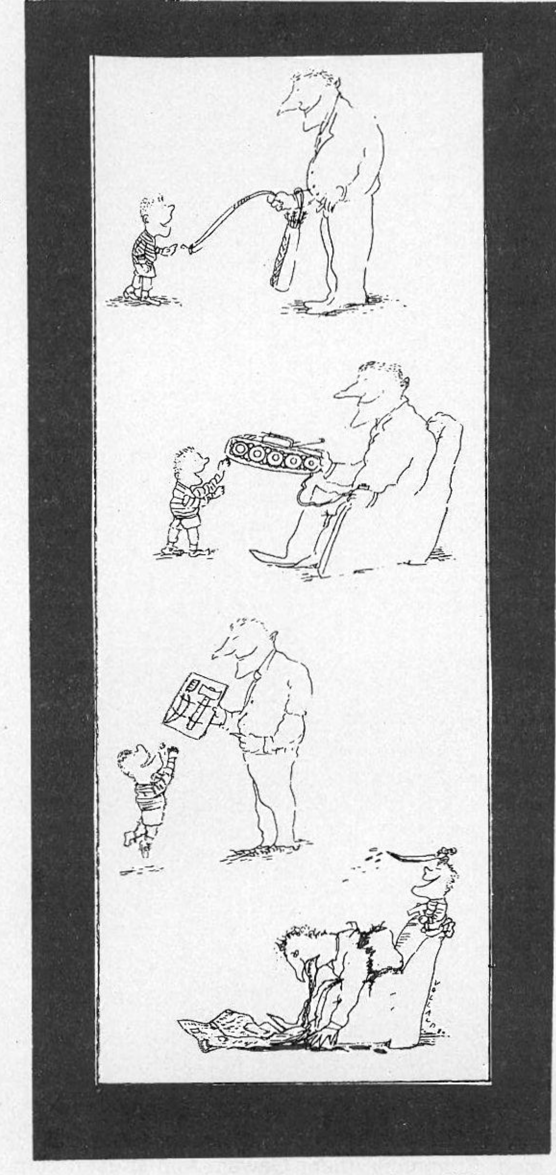
ProTotal n.e.V./ Prozeßkostenbeihilfe-Totalverweigerung kontonummer: 209090, BLZ: 50090100, Vkobank e.G., Stichwort "Caspar"

Die Jugend von heute ?!

„Jugendlicher schlägt Lehrer krankenhausreif" oder „Eine Schule rüstet auf" sind vor allem seit einigen Monaten bevorzugt genommene Schlagzeilen der bürgerlichen Presse. Es wird auch über jugendliche Fascho-Skins berichtet, die AusländerInnen niederstechen, ohne deren Rassismus anzuprangern und die Tat zum Politikum zu machen. Ebenso wurde immer mal wieder über schwarz vermummte Gestalten gehetzt, die „randalieren", ohne die politischen Motive dieser „linksextremistischen Chaoten" zu erklären. Dazu kommen noch unzählige unzusammenhängende Meldungen über Auseinandersetzungen unpolitischer Jugendlicher mit Verletzten und/oder Toten als Resultat.
Vor allem Boulevardzeitungen füllen gerne ihre Seiten mit solchen oder ähnlichen Geschichten und erzeugen bei ihren KäuferInnen stereotype Bilder einer verrohenden, zu allem bereiten Jugend. Ursache und Wirkung werden weder analysiert noch differenziert, statt dessen wird Empörung über diese graue Masse gewaltbereiter Jugendlicher geschürt und als Reaktion mehr Autorität gefordert. Statt Erziehung zu selbständigem Denken soll mehr Druck durch Strafen und Noten an den Schulen herrschen. Statt einem vielfältigem Angebot an alternativen Freizeitbeschäftigungen sollen härtere Jugendstrafgesetze her.
Es ist schwer zu erfassen, aber dennoch Tatsache, daß in der BRD die Gewaltbereitschaft zunimmt. Im Bereich der Erwachsenen wirkt sich die Gewalt in struktureller Form aus: Die Änderung des Asylparagraphen und Kürzungen im Sozialbereich sind wie das Streben nach immer größeren „Adrenalinkicks" wie Bungee-Jumping, Paragliding und anderen suizidialen Sportarten Zeichen für eine sich verändernde Gesellschaft. Bei uns Jugendlichen hingegen steigt die physische Gewalt. Es ist normal geworden, bewaffnet das Haus zu verlassen, aus Angst vor weniger skrupellosen AltersgenossInnen. Auch ich würde mich ohne mein CS-Gas abends auf dem Nachhauseweg noch unwohler fühlen. Immer öfter werden auch schon eigentlich harmlosere Streitigkeiten nicht mit Worten oder simplen Kräftemessen ausgetragen, sondern Waffen präsentiert und benutzt. Es gibt, auch in dieser Stadt, nur noch wenig Solidarität unter uns Jüngeren. Statt dessen steigert sich die Zahl der gewalttätigen Angriffe.



Aber dieses Problem ist nicht mit einer gesteigerten Autorität von Erwachsenen und deren Institutionen zu beheben, die von der Öffentlichkeit gefordert wird. Größerer Druck und härtere Strafen beseitigen nicht die Ursachen des Gewaltproblems. Die Aggressionen werden auf diese Art vielleicht stellenweise unterdrückt, kommt aber wahrscheinlich anderswo verstärkt zum Ausbruch. Physische Gewalt ist eine Kanalisationsmöglichkeit für angestauten Frust und Aggressionen in einer von struktureller Gewalt geprägten Gesellschaft.
Gerade für Jugendliche ist physische Gewalt gegen Schwächere aber auch gegen Gegenstände und die Autorität eine Möglichkeit, sich zu wehren. Da wir vor unserem Eintritt in die Arbeitswelt selbständiges Denken und Handeln nicht zugebilligt bekommen, vielmehr als zu formende unfertige Erwachsene betrachtet werden, sind wir den Autoritäten ausgeliefert. Das fängt im Elternhaus an, wo die Situation allerdings höchst unterschiedlich ausfallen kann. Mit der zweiten großen Autorität Schule müssen wir aber alle klarkommen. Egal, ob Hauptschule oder Gymnasium, diese Institution ist über viele Jahre Hauptbezugspunkt und prägt uns entscheidend. Der Idealvorstellung nach müßte sie deshalb jede Person individuell zu selbständigem Denken und tolerantem Handeln führen. Leider sieht es in der Realität aber anders aus. Die Erziehung zum Funktionieren in einer kapitalistischen und sozialdarwinistischen Gesellschaft steht an erster Stelle. Anpassung, Autoritätsglaube und Skrupellosigkeit stehen auf unseren Stundenplänen. Wir werden gezwungen, uns immer umfangreichere Mengen an lebensfremden Unterrichtsstoffen einzuverleiben. Für Kritik am Lehrstoff oder LehrerInnen ist kein Raum, da am Ende nur die Noten zählen. Nicht das Verstehen und individuelle Anwenden von Lehrinhalten sind wichtig, sondern Zensuren, die den Einstieg in das Berufsleben sichern.



Dafür müssen wir unsere Ideale auch mal hintenan stellen, um beim monotonen Unterricht viel Stoff unhinterfragt aufzunehmen und auswendig zu lernen. Auf uns selbst gestellt, da kein Raum für gegenseitige Hilfe bleibt. MitschülerInnen, die länger brauchen und/oder kritisieren, bleiben dabei auf der Strecke. Sie werden von der Gesellschaft ausbesiebt. Der Rest hingegen lernt sich anzupassen, die Autoritäten zu akzeptieren und wird für das Überleben in unserer Gesellschaft getrimmt. Wer andere Ideale hat, bekommt es schwer gemacht.
Es werden aber auch noch andere Mittel zur Beeinflussung und Formung aufgefahren. Zur Vorbereitung auf zukünftigen Erfolg gehört auch die Anpassung an die rasch voranschreitenden technischen Möglichkeiten unserer Zeit. Die Computerisierung der Arbeits- und Lebensbereiche gewinnt immer mehr an Umfang. Schon jetzt ist es in vielen Arbeitsbereichen nahezu undenkbar, eine Anstellung zu bekommen, ohne zumindestens Basiswissen im programmieren und Umgang mit dem Computer zu besitzen. Die Welt der Hard- und Software ist Bestandteil im täglichen Leben geworden und kann nicht mehr ignoriert werden. Vor allem Kinder werden schon früh von Eltern und Schule zur Beschäftigung mit der neuen Technik animiert, um später schon eine Grundlage zu besitzen. Kinder finden die virtuelle Welt natürlich faszinierend und sind für neue Eindrücke offener als die meisten Erwachsenen, aber das praktisch täglich neue Angebot an Informationen ist umfangreich. Es muß selektiert und dann verarbeitet werden. Aus der grenzenlosen Infoflut auszuwählen fällt auch den meisten Erwachsenen schwer. Grade aber Kinder sind, egal ob im Internet oder am simplen PC, nur beschränkt fähig, sich auf ein Gebiet zu spezialisieren. Sie können schnell von dieser schillernden virtuellen Welt gefangengenommen werden und über das Entdecken von neuen Realitäten die Wirklichkeit vergessen. Wenn Eltern oder andere Bezugspersonen fehlen, um alternative Freizeitgestaltungen anzubieten, kann der Computer auch zum Lebensmittelpunkt werden. Dann ersetzt isoliertes Arbeiten und Spielen am Computer andere Lebensbereiche, in denen das Kind Sozialverhalten erlernen könnte.



Den Platz des Computers kann natürlich auch das Fernsehgerät einnehmen. Dieses lenkt nicht nur von der Realität ab, sondern verzerrt sie auch noch. Wir alle, Kinder, Jugendliche und Erwachsene, kennen wohl den Bann, der von der Mattscheibe ausgeht. Auch ich habe mich öfter von importierten Teenagerserien aus den USA faszinieren lassen. Diejenigen, die kleine Probleme des Alltags und deren Lösungen auf der Lebensbasis gut betuchter und wohlbehüteter Weißer behandeln und damit hohe Einschaltquoten erreichen. Aber politische Themen und Lebensalternativen erscheinen dort nicht. Die Differenz, die nach dem Konsum dieses verzerrten „normalen" Lebens und der Realität entsteht und die Frage, wie sie sich überbrücken läßt, verwirrt und stellt die (meist) jungen ZuschauerInnen vor ein weiteres ungelöstes Problem und enttäuschte Hoffnungen.

Die Werbung propagiert ebenfalls einen unrealistisch hohen Lebensstandard. Durch sie ist es „normal", ein Outfit zu besitzen, das dendie TrägerIn der Masse wie geklont aussehender Jugendlicher zugehörig macht. Auch der Besitz gewisser Luxusartikel wie tragbarer Nachrichtenübermittler oder Videospielgeräte wird als notwendig deklariert. Die Werbeindustrie setzt voll auf die Indoktrination der KundInnen von morgen. Sie setzt MarktforscherInnen ein, um den Trend der jungen Generation zu erfassen und kaufkräftige BürgerInnen in spe auf ihre Produkte zu fixieren. Ziel ist es, Kindern jetzt schon begreiflich zu machen, daß ihr erstes Auto vorne auf dem Kühlergrill einen Stern haben muß.

Die Gesellschaft fördert über die Medien bei ZuschauerInnen, LeserInnen, etc. speziell bei leichter anzusprechenden Jugendlichen hohe, schwer zu erreichende Ansprüche an den eigenen Lebensstandard, enthält ihnen aber die Erfüllung vor.

So müssen wir uns also alleine im Konkurrenzkampf mit Gleichaltrigen behaupten, mit Vorbildern im Kopf wie Bill Gates, Arnold Schwarzenegger oder erfolgreichen Eltern. Das romantische Vorbild Robin Hood wurde inzwischen längst abgelöst von Zeichentrick-Helden" wie mutierten Kampfschildkröten und Ninja-Teenies, die zum Vormittagskult geworden sind. Der Kampf um die besten Einschaltquoten der vielen neuen Sender fordert Action-Reißer zur besten Sendezeit, wenn auch noch viele Kinder fernsehen dürfen.

Wen wundert es da, wenn Kinderspielzeug mittlerweile Ähnlichkeit mit einem Waffenarsenal besitzt?

Die Kinder kopieren nur, was die Großen vorleben: Mehr Action, mehr Spannung, mehr Gewalt. Alle streben zum individuellen Kick, zur Ablenkung vom monotonen Alltag. Da finden unkommunikative Amüsements wie Extrem-Sportarten, Action-Filme und überlaute Techno-Discos den meisten Anklang.

Diese Umstände begünstigen den Schritt zur Gewalt. Wo persönliche Beziehungen und Solidarität fehlt, entsteht Unfähigkeit zum Umgang miteinander. In unserem kapitalistischen System ist Verständnis Mangelware. Schwache und unangepaßte Menschen fallen aus dem Raster, werden gehindert, eine Nische für ein individuelles und trotzdem sicheres Leben zu finden. Dann ist manchmal Flucht in Alkohol und andere Drogen oder Gewalt gegen die Autoritäten, Dinge oder Anderdenkende noch die einzige Alternative, um den Frust loszuwerden. Aber gewalttätige Menschen, besonders Jugendliche passen natürlich erst recht nicht in unsere Gesellschaft, zumindestens nicht, wenn sie erfolglos sind. Deshalb wird verstärkt Autorität gezeigt, womit sich der Kreislauf zur Verschlimmerung der Umstände schließt. So werden immer wieder Jugendliche vor dem kapitalistischen EinzelkämpferInnentum kapitulieren. Für unsere politischen Ideen und Aktionen war und wird wenig Raum gewährt, da sie das System behindern und in Frage stellen.

Deswegen ist es notwendig, uns Alternativen zu erdenken und anzubieten. Autoritätsfreie Räume und selbstbestimmte Treffpunkte nach eigenen Maßstäben wie Autonome Zentren (keine Jugendzentren unter Stadtbeaufsichtigung) müssen für alle erreichbar sein. Wenn es Orte gibt, wo kritische Jugendliche Gleichgesinnte und Bestätigung finden, wo sie Ideen verwirklichen oder neue Perspektiven erarbeiten können und Solidarität beweisen müssen, wird auch das Abbauen von Frust durch Gewalt überflüssig werden, aber eine gemeinsame Vorstellung einer selbstbestimmten Zukunft rückt näher.

Stopft Sexisten und TäterschützerInnen das Maul

„Die Tageszeitung" („taz") hat durch den Vorabdruck von „Der Barbier von Bebra", ein Buch von Wiglaf Droste und Gerhard Henschel, zum wiederholten Mal - diesmal auch aus ihrem eigenen, dem bürgerlichen Lager - Boykottaufrufe an sich gezogen. Die schon lange nicht mehr linke „taz" hat nichts gelernt. Einer der Buchautoren, Wiglaf Droste, gab bereits vor neun Jahren Anlaß für Boykottaufrufe gegen diese Zeitung. Anläßlich des internationalen Frauentags 1988 erschien als letzte Seite im Berliner Lokalteil eine „Pornoseite" unter maßgeblicher Mitwirkung des taz-Medienredakteurs Droste. Wegen der diffamierenden, entwürdigenden und verletzenden Seite und dem Verhalten der Männer in der Redaktion, traten die taz-Frauen in einen Streik. Sie waren „nicht mehr bereit, für eine Zeitung zu arbeiten und geradezustehen, in der zunehmend sexistische Beiträge erscheinen", und forderten „redaktionelle und personelle Konsequenzen". Mit seinem taz-Artikel über die Folgen der „Pornoseite" bewies Droste, daß er zu einer inhaltlichen Diskussion nicht fähig und bereit war. Nachdem er befristet vom Dienst suspendiert und ihm die Verantwortung für die Medienseite entzogen wurde, ist der Streik nach zwei Tagen beendet worden.



Auch in Kaiserslauterer Lokalmedien wurde Droste und Henschels Buch solidarische Aufmerksamkeit beschert. In „Pavillon" 9/96 wird auf zwei Seiten gegen „Pressezensur" und für „komisch-kritische", „komisch-realistische", „irreal-humoristische", „humoristisch-satirische", „lustige" „schöngeistige Gegenwartsliteratur" gestritten und die Autoren in den Himmel gelobt. Gleiches Spiel in der Oktoberausgabe von Daniel Matisseks Drecksblatt „T5". Bereits einen Monat zuvor war darin eine wohlwollende Buchbesprechung von „Das Wörterbuch des Gutmenschen, Band II", das Droste zusammen mit Klaus Bittermann herausgegeben hat. Wenn Drostes Bücher und CDs in der „T5", in der FAZ (28.09.96) und im Playboy (11/96) besprochen werden und noch gute Kritiken erhalten, spricht das schon für sich.

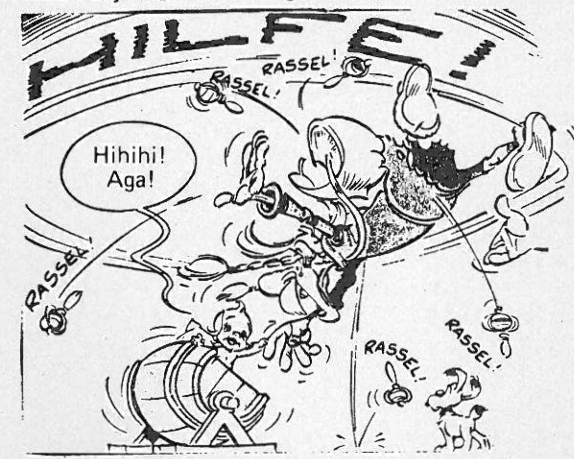
Obwohl die „Pornoseite" in der taz weite Kreise schlug, hat dies kaum eine linke oder eine sich als links verstehende Zeitung oder Organisation davon abgehalten, Droste ein Forum für seine sexistischen Positionen zu geben. Er schreibt heute wieder regelmäßig für die „taz", ist ständiger Mitarbeiter bei „Titanic", war freier Mitarbeiter bei der „jungen Welt" (wo er von Jürgen Elsässer, alias Peer Fries, mal ein befristetes Publikationsverbot erhielt, was genauso wenig in die Öffentlichkeit drang, als ein Grund dafür), er schrieb in diversen Zeitungen von „Spiegel" über „Tempo" bis zur Vierteljahreszeitschrift für den fetten Geldbeutel „Beute" und der autonomen „Arranca" (Nr. 3), veranstaltet regelmäßig Lesungen, die der WDR mehrmals ausstrahlte; im Berliner SO-36 sollte er den Film „Beruf Neonazi" kommentieren (was verhindert werden konnte).

Heute beinhaltet jeder seiner Artikel die obligatorische Keule gegen Linke, Autonome und Antifas, und trotzdem bleibt die Kritik am „Sexisten" („Männerrundbrief") und „Anti-Linken" Droste und „seinem Anti-Antifa-Komplex" und „reaktionärem Geschreibsel" (alle „17 Grad C") an wenigen Publikationen (auch „Interim") hängen.

1990 wurde von Angela und Reinhart Wolff (ein ehemaliger SDSler) die üble „Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Kampagne lanciert. Sie propagieren, daß mit sexueller Gewalt gegen Kinder Mißbrauch betrieben würde. Sie greifen neben Presse und Kirche Frauengruppen und Frauenprojekte an, die seit Jahren sexuelle Gewalt gegen Kinder thematisieren und darüber aufklären und vergewaltigten Kindern Schutz und Zuflucht bieten und schließlich aufzeigen, daß sexuelle Gewalt in der patriarchalen Gesellschaft kein Randproblem ist, sondern im direkten Zusammenhang mit diesen Strukturen steht.

Die Propagandist/inn/en der „Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Kampagne verharmlosen sexuelle Gewalt, indem sie diese banalisieren, umdefinieren, leugnen, als gewöhnlich und normal bezeichnen und/oder rechtfertigen. Wer anderes sagt, betreibe Panikmache und Hysterie. Damit stellen sie sich schützend auf die Seite der Täterinnen und Täter, werden Täterschützer/innen.

Diese Täterschützer/innen verharmlosen nicht nur, sondern propagieren sexuelle Gewalt als „freie Sexualität" und befürworten das Ausleben von Machtverhältnissen gegen Kinder: „Wer nie erlebt hat, wie ein launisches Püppchen von zehn Jahren einen gestandenen Mann von 40 herumkommandiert, der weiß wenig über Sexualität" (ZEGG-Mitarbeiter Ernst Bornemann; das Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung, ZEGG, ist ein Berliner Projekt „für frei ausgeübte Sexualität". Der Grün-



der Dieter Duhm ist seit 1991 wegen Vergewaltigung und Folter von Mädchen inhaftiert). In die gleiche Kerbe schlägt auch Katharina Rutschky, die von Talkshow zu Talkshow tourt und ihre Propaganda aus ihrem Buch „Erregte Aufklärung - Kindesmißbrauch: Fakten und Fiktionen" von 1992 in die Wohnzimmer verbreitet.

Dagegen gehen Frauengruppen und -projekte wie „Zartbitter", „Wildwasser", Frauennotrufe u.a. an: Pädophilie (die, auch sexuelle, Liebe zu Kindern) ist sexuelle Gewalt von Erwachsenen gegen Kinder. Dem ist sich anzuschließen. Mit sexueller Gewalt sind alltäglich Frauen und Mädchen konfrontiert; auch Pädophilie ist sexuelle Gewalt. Pädophilie nutzt das Machtverhältnis zwischen Erwachsenen und in deren Abhängigkeit lebende Kinder, oft verschärft durch das patriarchale Machtverhältnis zwischen Männer und Frauen/Mädchen. Erwachsene haben ihre Finger bei sich zu behalten. Kinder haben eine eigene Sexualität, die sie miteinander erleben.

Seitdem der übrig gebliebene Kapitalismus das die Welt umfassende Gesellschaftssystem geworden ist, können Kampagnen, wie die dargestellte, massenwirksam unters Volk gebracht werden. Eine Folge davon ist, daß Täter zu Opfern (nach Rutschky sind Vergewaltiger Opfer von Anschuldigungen) und Opfer zu Tätern werden (auch auf rassistischer Ebene: Flüchtlinge, auf die Anschläge von Deutschen verübt werden, sind nach herrschender Logik die Schuldigen und die Lügner).

Es verwundert nicht, daß in der heutigen Zeit kapitalistische, sexistische und rassistische Anschauungen mehr und mehr Zuspruch finden. Nichts ungewöhnliches ist es, wenn sich Leute wie Wiglaf Droste in einer Radiosendung unter dem Titel „Erregte Aufklärung - der Mißbrauch mit dem Mißbrauch" an der Kampagne beteiligen und sich hinter die Täterschützer/innen stellen: Droste sei, nach eigener Aussage von 1994, „radikal parteiisch, selbstverständlich für Katharina Rutschky." Das Außergewöhnliche und das eigentliche Übel daran ist, daß für Leute, die sich als links verstehen, Droste als Linker gilt und sie ihm die Möglichkeit bieten, seine Positionen zu verbreiten und ihn verteidigen und seine Meinung übernehmen (so geschehen beispielsweise 1996 in „konkret").

Ständige sexistische Blödeleien fallen offenbar auf fruchtbaren Boden. Diese Tatsache und die sexistischen Sprüche selbst belegen, wie patriarchal diese Gesellschaft ist, und stützen und fördern diese gleichzeitig. Wer sexistische Sprüche und dergleichen von sich läßt, ist nicht links. Wer das Patriarchat befürwortet, steht nicht auf unserer, sondern auf der anderen Seite, der Seite der Herrschenden. Denn er stützt, indem er das Patriarchat stützt, alle Herrschaftsverhältnisse.

Genau das tut auch Wiglaf Droste. In seinen Texten verharmlost er sexuelle Gewalt, unterstellt den Opfern, daß sie sich mit „Erlittenem brüsten" oder aber den „Schrecken nur erfinden". Er vergleicht einen Boykottaufruf von Frauen gegen einen Buchladen, in dem eine Lesung mit Rutschky stattgefunden hat, mit Zensur im NS-Faschismus und wirft Selbsthilfegruppen Hysterie und „neuen Fundamentalismus" vor. Engagierte Feministinnen nennt er „Schabracken, die nur eins wollen, nämlich Opfer", Frauenorganisationen wie „Wildwasser" wolle er „das Handwerk legen".

Droste lebt von seinen Lesungen, die er allein oder z.B. mit Gerhard Henschel, Jürgen Roth, Ernst Kahl, Horst Tomayer, und auch Eckhard Henscheid, der in „konkret" 3/93 in einem (wie die „taz" später verteidigt: satirischen) Beitrag mit frauenverachtenden Klischees und sexistischen Positionen um sich wirft.

Bei einem Auftritt in Tübingen ist Droste wegen offensiv sexistischen Handlungen und Äußerungen in die lokalen Schlagzeilen gekommen: „...dann griff er in eindeutig gliedvorzeigender Absicht zunächst in seine Hose und hernach ins Geschehen ein ... stürmte prügelnd auf einen Umstehenden ein ... schleuderte eine Bierflasche. ... Einer Gegendemonstrantin gab er den Namen ‚Frustvotze'." (Schwäbisches Tagblatt). Droste macht keine Satire, sondern Stimmung gegen Frauen und Linke.

Es ist richtig und wichtig, über Droste aufzuklären und seine Auftritte (die regelmäßig in der „Titanic" angekündigt werden) zu stören und zu verhindern, wie es beispielsweise in Hamburg, Stuttgart und Göttingen versucht wurde. Nach Protesten sagte in Bonn der erste Veranstalter ab. Ebenso in Oldenburg, nachdem Wildwasser und das Autonome FrauenLesbenReferat des Uni-AStA in die Öffentlichkeit gingen. Im November 1996 haben zehn Lübecker Gruppen, darunter die „Autonome Frauen-Lesben-Gruppe", „Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen" und „Die Grünen/Bündnis 90" die Veranstalter einer Droste-Lesung aufgefordert, Droste auszuladen. Der Protest bewirkte bei den Veranstaltern, dem Lübecker Pressezentrum, nichts. In solchen Situationen muß zu härteren Maßnahmen gegriffen werden. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, und wenn nur, wie beispielsweise in Kassel, Scheiße vor den Lesungsort gekippt wird.



Ein ähnlicher Umgang muß auch mit Publikationen gefunden werden, die Droste ein Forum geben und damit um keinen Deut besser sind als er. Droste gibt seinen Dreck von sich in der „taz", in der sich ohnehin durch sexistische Artikel auszeichnenden „Titanic" (die übrigens zusammen mit „Kanal 4", „mdr Sputnik" und „Hansa Pils" die Härter-bis-wolkig-Tour 97 präsentiert; zu HbW siehe K-BUTT Nr. 8f), auf CDs von MotorWords (die Johannes-Gutenberg-Buchhandlung in Mainz vertreibt einen Lesungsmitschnitt auf CD) und in den Buchverlagen Elefanten-Press („Vremd und vertraut") und der Antje-Kunstmann-Verlag, aber hauptsächlich Edition Tiamat und Edition Nautilus, der auch die Sonderblätter zur Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas „Land und Freiheit" verlegt.

Die autonome Chiapas-Gruppe Hamburg hat deswegen Edition Nautilus aufgefordert, sich von Droste zu distanzieren und seine Publikationen nicht mehr zu verlegen. Die Chiapas-Gruppe hat damit einen möglichen Umgang gezeigt. Wenn solche Forderungen ignoriert werden (in diesem Fall ist uns nichts anderes bekannt), oder einer Auseinandersetzung darüber aus dem Weg gegangen und nicht ernsthaft zugelassen wird, (wie bis heute zum Beispiel bei der „jungen Welt") oder es bei Worten bleibt, müssen wir uns anderes einfallen lassen.

Täterschützer/innen und Sexisten wie Wiglaf Droste und seine Freund/inn/en haben nirgendwo eine Plattform zu bekommen.

Ein empfehlenswerter Reader zum Weiterlesen von Frauen aus der lila Hilfe und dem Sonntagscafé im JuZI ist zu beziehen über: Sonntagscafé im JuZI, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen.

Dieser Text eines Autors erreichte uns kurz nach Redaktionsschluß der letzten Ausgabe. In der Interim Nr. 411 vom 6. März 1997 gibt es u.a. nähere Infos zu Reinhart Wolff und weiteren Propagandist/inn/en der „Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Kampagne. Dort wird auch eine neue, übersichtliche Broschüre „Zur Kampagne ‚Mißbrauch mit dem Mißbrauch'" empfohlen. Kontaktadresse: Klytämnästra, c/o Jugendclub Courage, Bismarckstraße 40, 50672 Köln



Linke Parteipolitik ist ein Widerspruch in sich

Es kann eineN schon zum Wahnsinn treiben, wenn mensch die Geschichte betrachtet, und sieht, daß es Zeiten gab, in denen *eine* Partei die revolutionären Interessen vertreten und kämpferisch vorgetragen hat, und daß die Sache schiefging. Seit dem Tag, an dem SPD-Politiker auf KPD-DemonstrantInnen haben schießen lassen, bloß weil sie das falsche Parteibuch hatten, sollte doch allen revolutionärem Linken klar sein, daß die Revolution keinen Parteitagsbeschluß kriegen kann. Aber das war vor der Geburt von über 99% der LeserInnen dieser Zeitung. Wir "Nachkriegs-geburtbegnadeten" müssen wahrscheinlich gelegentlich in einen Eimer Scheiße reingreifen, auch wenn "Scheiße" draufsteht.

Wie sonst sollte mensch auf das schmale Brett latschen, auf dem PDS draufsteht? Es war ja eine ganz nette Idee, das Wessi-Linke alle ideologischen Differenzen mal kurz ad acta legen, und sich an einer bestehenden Struktur in der Zone zusammen hochtreiben, und dann auch hier in Altelfland ´nen Fuß in die Tür kriegen. Aber war halt nicht. Eigentlich sollte sich jedeR Linke freuen, wenn die PDS in irgendeinem Wutzekaff im Osten den Tories das BürgermeisterInnenamt wegkassiert, aber kurz später mal nachgefragt, macht das doch gar keinen Unterschied. Es sind doch immer noch die selben alten MachtschefflerInnen, egal welches Parteibuch sie jetzt gerade haben. Kommunale Anliegen wie soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Antifaschismus und Kultur- oder Jugendpolitik sind für PDS-BürgermeisterInnen genauso ungeliebte Fremdwörter wie für ihre Amtskollegen anderer Parteien. Und auch in den Bereichen Fehlplanung, Geldverschwendung, Geltungssucht sowie Vetternwirtschaft und Korruption könnten von dem/der einen oder anderem PDS-KommunalpolitikerIn sowohl die Bayrische CSU als auch die Kaiserslauterer SPD noch was lernen.

Die bislang wildesten Beispiele dieser Art lieferten der Marzahner PDS-Bürgermeister Harald Buttler und die Sächsische "PDS-Standortpolitikerin" Christine Ostrowski.

So stimmte Harald Buttler 1996 entgegen eines Parteibeschlußes den geplanten Sozialkürzungen im Berliner Haushalt zu, und genehmigte darüber hinaus am 1. Mai des selben Jahres einen Naziaufmarsch in Marzahn. Auch versäumte er es aus Angst vor „linken Chaoten", die Parteibasis zu informieren. Zwar wurde Buttler später von der Parteibasis abgemahnt, blieb aber, entgegen eines Antrags der AG Junge GenossInnen, im Amt. Christine Ostrowski machte nie einen Hehl aus ihrem rechtsreaktionären Gedankengut. So stellte sie schon 1993 nach einem Gespräch mit Nazikadern in sozialen Forderungen Gemeinsamkeiten „bis zum Wortlaut" fest. Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um Harald Buttler veröffentlichte Sie mit ihrem Partei-"Genossen" Ronald Weckesser einen Brief, in dem Sie unter anderen "links" als das definiert, "was die Menschen wollen". Sie sieht das künftige Protestpotential der PDS in "bodenständigen Kleinunternehmern" und in dem diesen nahestehenden völkisch-rechtsradikalen Spektrum. Linke, die "randalierend durch die Gegend ziehen" sind ein "Fall für die Polizei" und haben keine Gemeinsamkeiten mit der PDS. Sie spricht von einer Neupositionierung der PDS "nach dem strategischen Vorbild der CSU".

Und da hilft es doch auch nicht, daß diese Partei das wohl fortschrittlichste Programm hat, das unter den gegebenen Umständen möglich ist. In scheinbar endlosen Debatten suchte die PDS nach Ihrer Rolle im Parteiensystem in der BRD. Auf der einen Seite wird auf der 1. Tagung des 4. Parteitags im Januar ´95 auf Druck von Leuten wie MdB Gerhard Zwerenz beschlossen, daß antikommunistische Auffassungen in der Partei geduldet werden, um sich noch ein paar Türen zur Zusammenarbeit mir der SPD bzw. B´90/Grünen offenzuhalten; kurz darauf wird hastig erklärt, das die PDS keine bessere SPD sein will, sondern ganz eigene, alternative Ideen hat, um bloß nicht die Mitglieder zu verärgern, die West-Parteien sowieso nicht über den Weg trauen. Dieser unerträgliche Opportunismus gipfelt darin, das auf höchster Ebene über Koalitionen mit Parteien diskutiert wird, die Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen und bei der Abschaffung des Asylrechts mithelfen. Linke Parteipolitik ist nun mal ein Widerspruch in sich.

Es ist schon positiv, in Rüsseltierrunden so entspannte Menschen wie Stefen Heym, Angela Marquard oder den Typen mit der Nickelbrille zu sehen, wenn mensch versucht, sich innerhalb der real existierenden bürgerlich parlamentarischen Demokratie zu orientieren. Auch für die ~~Intellertuellen~~, also für die angeblich schlauer denkenden Menschen unter uns, ist es sicher toll, sich mit Schriften oder auch persönlich mit so hellen Köpfen wie Ulla Jelpke, Winnie Wolf, Jakob Elm, Sarah Wagenknecht, Andrea Lederer oder wasweisichwem-auchimmer auseinanderzusetzen. Aber diese Menschen sind nicht die Partei.

Aber wer ist oder sind die PDS?

Da muß mensch doch Ost und West getrennt betrachten. Und genau das ist der Punkt. Die PDS hat immer betont, das sie eine gesamtdeutsche Partei ist. Genau das ist sie nicht. In der Zone ist sie eine Polit-Folklore-Truppe, in der Alt-BRD ist sie eine weitere linke Sekte, wie viele andere auch.

Die bürgerliche Presse hat natürlich nichts besseres zu tun, als alle PDS-Prommies mit irgendeiner Stasi-Pampe zu beschmieren. Das haben sie zwar auch schon mit Zonies aus anderen Parteien abgezogen (de Maziere, Stolpe), aber noch nie ist einer so schlecht da raus gekommen wie André Brie. Brie, der gerne als Chefideologe der PDS bezeichnet wird, wurde seine langjährige Tätigkeit als IM nachgewiesen, und alles was er darauf zu erwidern hatte, war unzusammenhängendes Gebrabbel, das man vielleicht am besten in dem Satz "Ich hab´ ja gehofft, daß niemand dahinterkommt." zusammenfassen kann. Der zweitbeste Wahlkämpfer der PDS (der beste war wohl Peter Hinze mit der "rote Socken"-Kampagne) vereint wahrscheinlich die gesamte Verlogenheit jeglicher Parteipolitik in einer Person. Gut, das konnte Uwe Barschel auch, aber warum kommen dem Autor eigentlich solche Parallelen in den Sinn?

Meine zwei größten Probleme als K-Butter Schreiberling sind immer: das Schlußwort und die Überschrift. Das mit der Überschrift wird uns als Kollektiv beim Layout noch einfallen, da bin ich mir sicher, also versuche ich jetzt mal ein Schlußwort: Wenn Ihr dies lest, ist der Autor bereits aus der PDS ausgetreten.

Veranstaltungen der Schwarz- Roten-Wochen

Mi. 30.04. **Heidelberg, Marktplatz, 19:00 und 23:00**
Demonstration gegen das "Mai-Singen" rechtsradikaler Burschenschafter in Heidelberg

Mannheim, **JUZ**, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, **19:00**
JUZ-Geburtstags-Festival (24 Jahre) mit Kick Joneses, Portobello Bones

Do. 01.05. **Mannheim, Paradeplatz, 11:00**
Revolutinäre 1.Mai-Demonstration

Für eine gleichberechtigte, herrschaftsfreie Gesellschaft

Fr. 02.05. Mannheim, **JUZ**, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, **20:00**
Eröffnung der **Ausstellung zum spanischen Bürgerkrieg**

Sa. 03.05. Mannheim, Ort noch unklar
Agit-Pop Theater Vorderpfalz präsentiert: **"Mao, Marcuse und Dr. Mabuse"**

Mo. 05.05. Mannheim, Ort noch unklar
Das Nazi-Netzwerk macht weiter. Informationsveranstaltung über die Jungen Nationaldemokraten.

Mi. 07,05. Mannheim, **JUZ**, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, **19:30**
Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema **"Innere Sicherheit"**

Fr. 09.05. Mannheim, Ort noch unklar
Informations- und Diskussionsveranstaltung **"Anarchistische Strömungen in Deutschland"**

Mo. 12.05. Mannheim, **JUZ**, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, **20:00**
Informations- und Diskussionsveranstaltung **"Bioethik - Alte Gedanken im neuen Gewand"**

Di. 13.05. Mannheim, **JUZ**, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, **20:00**
20 Jahre Punk / Hardcore. Ein Überblick über eine Bewegung, die mehr ist, als Musik (von Klaus N. Frick)

Mi. 14.05. Mannheim, **Bürgerhaus Neckarstadt**, Lutherstr.17, **20:00**
Informations- und Diskussionsveranstaltung **"Bad Kleinen: Nichts ist vergessen und Niemand!**

Do. 15.05. Mannheim, **Forum der Jugend**, Neckarpromenade 46, **19:30**
Informations- und Diskussionsveranstaltung **"Die deutsche Türkei-Politik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan"**

Fr. 16.05. Mannheim, **Abschiebeknast** Ecke Herzogenriedstr. / Carl-Zuckmayer-Str., **17:00**
Kundgebung: "Gegen Abschiebung und Abschiebehaft - Weg mit den Abschiebeknästen"

Mannheim, **Bürgerhaus Neckarstadt**, Lutherstr. 17, **20:00**
Informations- und Diskussionsveranstaltung **"Abschiebung, Abschiebehaft und Menschenwürde"**

Mannheim, **JUZ**, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, **20:00**
Informations- und Diskussionsveranstaltung **"Pop-Radio und Meinungsbildung"** mit Klaus Walter (Moderator bei HR3), danach Disco

Sa. 24.05. Mannheim, **JUZ**, Käthe-Kollwitz-Str. 2-4, **19:00**
Abschlußkonzert der Schwarz-Roten-Wochen **und Solidaritätskonzert** für autonome Medien in der Region, mit: **"1.Mai 1987", "Piece Of Mind"** und **"Free Yourself"**

Japanische Botschaft in Lima wurde am 22.4. gestürmt - das Kommando der MRTA ermordet !!

Während diese Zeitung im Druck war, wurde unser Vorwort auf dramatische Weise von den Vorkommnissen in Peru überholt. Am Nachmittag des 22.4. stürmte eine Sondereinheit des peruanischen Militärs die Residenz des japanischen Botschafters in Lima, die von einem Kommando der Revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA) seit dem 17.12.1996 besetzt war. Dieses hatte eine Feier zum Geburtstag des japanischen Kaisers genutzt, um als Partyservice verkleidet in die Residenz zu gelangen und über 400 Gefangene zu nehmen.
Das Ziel der MRTA wird in ihrem Kommunique Nummer 1 deutlich: „[...] Wir erklären hiermit, daß seit der militärischen Besetzung der japanischen Botschaft alle notwendigen Maßnahmen getroffen worden sind, um die physische und psychische Unversehrtheit der gefangenen Personen zu gewährleisten. Diese militärische Besetzung haben wir uns aus Protest an der Einmischung der japanischen Regierung in die inneren politischen Angelegenheiten unseres Landes durchgeführt. Die japanische Regierung hat zu jedem Zeitpunkt die Menschenrechtsverletzungen der Regierung Fujimori ebenso wie ihre Wirtschaftspolitik unterstützt, die für die Mehrheit der peruanischen Bevölkerung nur zu Hunger und Elend geführt hat.
Wir teilen dem peruanischen Volk außerdem mit, daß wir uns zu dieser Extremen Maßnahme genötigt sahen, um das Leben von hunderten unser Aktivisten und Führern zu retten, die unter unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen dahinvegetieren. Dies ist die Folge einer staatlichen Gefängnisspolitik, die in regelrechten „Gefängnissgräbern" ihre physische und psychische Auslöschung beabsichtigt, wie es Präsident Fujimori wiederholt mit den Worten „Dort werden sie verfaulen und nur tot wieder herauskommen" zum Ausdruck gebracht hat. Hiermit hat er seine verbissene irrationale Wut auf gesellschaftliche Aktivisten zum Ausdruck gebracht, die bewaffnet für das Wohl des Volkes eintreten.
Mit demselben Nachdruck, mit de wir die Respektierung der körperlichen Unversehrtheit der gefangenen Personen ankündigen, teilen wir hiermit mit, daß wir diese nur freilassen werden, wenn die Regierung folgende Forderungen erfüllt:

1. Die Verpflichtung auf eine veränderte Wirtschaftspolitik, die das Wohl der Mehrheit der Bevölkerung zum Ziel hat.
2. Die Freilassung aller Gefangenen der MRTA und aller Personen, denen eine Mitgliedschaft in unserer Organisation vorgeworfen wird.
3. Die Überführung des Kommandos, das die Botschaft besetzt hält und aller Gefangenen in das Zentrum des Regenwaldes im Osten des Landes.[...]"

Die peruanische Regierung unter dem mit diktatorischen Vollmachten ausgestattetem Präsidenten Fujimori war von vorneherein nicht bereit, auch nur eine der Forderungen zu erfüllen. Am 18. Dezember verhängte Fujimori den Ausnahmezustand, der die Stadt unter die totale Kontrolle des Militär stellt. Erst nach zwei Monaten andauernder Besetzung wurde erstmalig direkt mit dem Kommando verhandelt, das bis auf 72 Gefangene alle Menschen aus der Residenz herausgelassen hatte. Während der Verhandlungen gingen die Vorbereitung für die Erstürmung weiter. Während weltweit die bürgerlichen Medien fast täglich das friedliche Ende der Besetzung „in den nächsten Tagen" ankündigten, gingen die Soldaten in Stellung.
Am 22. April durften sie dann zuschlagen. 140 Soldaten einer Spezialeinheit sprengten sich ihren Weg über das Dach und einen gegrabenen Tunnel ins Innere der Residenz und töteten alle 14 Mitglieder des Kommandos „Oscar Torre Condesu". Auch zwei Soldaten fanden dabei den Tod. Alle Gefangenen wurden befreit, der Oberste Richter Perus, der auch unter den Geiseln war, starb im Krankenhaus an einem Herzinfarkt.
Das Rote Kreuz, das in den vergangenen 4 Monaten die Residenz versorgt und Verhandlungen herbeigeführt hatte, informierte die Geiseln von der bevorstehenden Erstürmung durch das Militär und hat sich damit wieder einmal deutlich auf die Seite der Herrschenden und nicht der Menschenrechte gestellt.
Japanische und US Regierung gratulierten sofort ihren peruanischen Kumpanen, ignorierten dabei aber die Tatsache, daß die Stürmung wohl auch das Leben der Gefangenen gefährdet hat. Ob die 27 verletzen Geiseln von den MRTA Mitgliedern angeschossen wurden oder den stürmenden Soldaten, ist noch nicht bekannt. Es gibt auch klare Hinweise, nach denen die Kommando-Mitglieder, die gefangengenommen wurden, erst gefoltert und dann hingerichtet worden sind.
Der Europa-Vertreter der MRTA hat als Reaktion der Organisation bereits Angriffe auf Wirtschaft und Militär in Peru angekündigt.
Mit der Stürmung und der Ermordung des Kommandos hat die peruanische Regierung den Krieg wieder aufgenommen und hat nun die Folgen zu tragen.

Wir trauern um die GenossInnen des Kommandos der MRTA !!
Freiheit für alle politischen Gefangenen !!
Der Kampf um Befreiung ist international !!

